LANDESKOOPERATIONSSTELLE SCHULE – JUGENDHILFE (HRSG.)

Fachgespräch »Bildung lokal gestalten«

EINDRÜCKE, POSITIONIERUNGEN UND ERGEBNISSE

kobra.net
Kooperation in Brandenburg

Veranstaltungsablauf

10.30 Uhr *Begrüßung*
KATRIN KANTAK – Leiterin des Projektverbundes »Kooperation in Brandenburg« (kobra.net)

10.40 Uhr *Fachimpuls »Auf dem Weg zur lokalen Bildungslandschaft«*
ROMAN RIEDT – Landeskooperationsstelle Schule - Jugendhilfe im Projektverbund kobra.net

11.00 Uhr *Moderiertes Fachgespräch*
DR. URSULA WEIDENFELD – Moderation

ANDREAS HILLIGER – Leiter der Abt. 2 im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg
KARL-LUDWIG BÖTTCHER – Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg
KERSTIN HOPPE – Bürgermeisterin der Gemeinde Schwielowsee
PETER HANS – 1. Beigeordneter des Landkreises Elbe-Elster
GÜNTER QUANDER – Amtsdirektor Amt Döbern-Land
PETER BLECKMANN – Programmleiter der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung

12.00 Uhr *Ausklang der Veranstaltung mit der Gelegenheit zum informellen Austausch bei einem Imbiss*

12.30 Uhr *Ende der Veranstaltung*

Vorwort

> Als Bürgermeisterin ist man Motor, ist man Visionär und muss die Menschen mitnehmen und schauen, dass man diese Visionen umsetzt. Was ich damit sagen will ist: Selbstverständlich kann man sich, wenn man das denn will, engagieren. Für mich stand von Anfang an fest, dass ich mich in bildungspolitischen Fragen stark engagieren möchte.
>
> Kerstin Hoppe, Bürgermeisterin der Gemeinde Schwielowsee

»Geht nicht!« »Nicht unsere Zuständigkeit!« sind Aussagen, die für kommunale Entscheidungsträger in Bildungsthemen nicht gelten sollten. Das ist ein Ergebnis des Fachgespräches »Auf dem Weg in die lokale Bildungslandschaft«, das am 19.02.2010 in Caputh stattfand und an dem circa siebzig Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunen (Städten und Gemeinden, Ämtern, Landkreisen), Landesinstitutionen und landesweit agierenden Verbänden teilnahmen. Im Gegenteil, da, wo kommunaler Gestaltungswille vorhanden ist und sich die beteiligten Akteure vor Ort gemeinsam auf den Weg machen, lässt sich mehr erreichen als anfangs erwartet werden konnte.

Kommunen können Bildung vor Ort gestalten und dafür Sorge tragen, dass die Bildungsleistungen der vielfältigen Akteure besser als bisher aufeinander abgestimmt werden, um für die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere für Kinder und Jugendliche, gelingende Bildungsbiographien zu ermöglichen. Kommunale Politik und Verwaltung kann bereits auf der Grundlage der bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen koordinierend und steuernd tätig werden. Selbstverständlich gilt, so ein weiteres Ergebnis des Fachgespräches: Wenn sich im Prozess zeigt, dass bisherige Zuständigkeitsregelungen sinnvolle Kooperations- und Abstimmungsaktivitäten behindern oder gar verhindern, dann sollten diese Rahmenbedingungen zügig verändert werden.

Die Landeskooperationsstelle Schule-Jugendhilfe (LSJ) im Projektverbund kobra.net hat mit der Broschüre »Bildung lokal gestalten – Rahmenbedingungen und Ansätze für die Gestaltung lokaler Bildungslandschaften in Brandenburg« im Dezember 2009 grundlegende Überlegungen zum Thema veröffentlicht und gelungene Ansätze aus Kommunen dokumentiert. Mit dem Fachgespräch konnte der mit der Broschüre begonnene Diskussionsprozess aufgegriffen und intensiviert werden. Die vorliegende Dokumentation enthält den Impulsvortrag von Roman Riedt / LSJ sowie das transkribierte Fachgespräch.

Katrin Kantak, kobra.net

Mit dem Stichwort »lokale Bildungslandschaft« ist ein Ansatz verbunden, der es ermöglicht, das bisher vorherrschende Denken und Handeln in getrennt arbeitenden Bereichen rund um das Thema Bildung zu überwinden. Die verschiedenen Systeme (Schule, Jugendhilfe, Wirtschaft, Kultur und weitere) sollen in einem abgestimmten und planvollen Miteinander verlässliche Rahmenbedingungen gestalten, die geeignet sind, alle Bürgerinnen und Bürger, insbesondere aber junge Menschen, in ihrem Bildungsverlauf optimal zu fördern. Das ist eine Perspektive, für die es lohnt, Anstrengungen in Kauf zu nehmen und neue Schritte zu gehen. Als Projektverbund »Kooperation in Brandenburg« (kobra.net) werden wir die Initiierung und den Aufbau lokaler Bildungslandschaften im Land Brandenburg weiterhin begleiten, unterstützen und dokumentieren und Ihnen bestehende Erfahrungen und Entwicklungen zugänglich machen.

Abschließend sei an dieser Stelle den Vertreterinnen und Vertretern aus den beteiligten Kommunen, der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung sowie dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport und dem Brandenburger Städte- und Gemeindebund für ihre Unterstützung und Mitwirkung an dem Fachgespräch gedankt.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Katrin Kantak

Katrin Kantak
Leiterin des Projektverbundes kobra.net

> Der Bürgermeister, der Amtsdirektor muss nicht alles alleine machen, aber es muss für alle Beteiligten erkennbar sein, dass Bildung Chefsache ist. Und wenn kommunales Engagement bei anderen Akteuren auf ein Echo trifft, dann kann man einiges bewegen und auch mit verschiedenen Sichtweisen umgehen. Dann muss man nicht täglich ins Gesetz schauen, was darf ich, was darf ich nicht.
>
> Karl-Ludwig Böttcher, Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg

Auf dem Weg zur lokalen Bildungslandschaft

Ich möchte mich in meinem Beitrag folgenden Fragen zuwenden:

- Was macht eine lokale Bildungslandschaft aus?
- Was sind wesentliche Elemente einer Bildungslandschaft?
- Welche Herausforderungen sind mit der Gestaltung einer lokalen Bildungslandschaft verbunden?

Vernehmen wir das Wort Bildung, so denken wir in der Regel auch schnell an Schule, ggf. erscheint ein Schulgebäude, ein Klassenzimmer vor dem geistigen Auge, vielleicht werden auch einige Erinnerungen an die eigene Schulzeit hervorgerufen.

Das ist verständlich, denn: Schule ist ein bedeutender Bildungsort in den Kommunen. In erster Linie für die Schülerinnen und Schüler. Schule nimmt über die Vergabe von Abschlüssen eine zentrale und verantwortungsvolle Rolle in der Verteilung von Lebenschancen ein. Und Schule ist nicht nur ein Lernort. Sie ist auch ein Lebensort. Hier werden Freundschaften geschlossen, Konflikte ausgetragen und hineingetragen, soziale Verhaltensweisen eingeübt.

Schule ist Bildungsort, soziokulturelles Zentrum und Standortfaktor in den Kommunen

Schule ist aber auch in weiterer Hinsicht ein bedeutender Bildungs-Ort. Die Rolle der Schule, gerade der Ganztagsschule, als soziokulturelles Zentrum in der Kommune – insbesondere im ländlichen Raum – hat zugenommen. Besonders schmerzlich wurde diese wichtige Rolle in der Vergangenheit dann zur Kenntnis genommen, wenn Schulen geschlossen wurden. Und Bildung erfährt eine wachsende Bedeutung als Standortfaktor: Eltern nehmen kritisch die Bildungspotentiale einer Region, einer Kommune – und da in erster Linie die Schulen – zur Kenntnis, ebenfalls die Wirtschaft. Sie richten ihren Wohnort bzw. ihren Standort danach aus.

Gleichzeitig gilt: Bildung ist weit mehr als Schule. Lernen beginnt nicht erst mit der Schule und vor allem hört es damit noch lange nicht auf. In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist eine exponentielle Zunahme an Wissen zu verzeichnen. Ein Teil unseres Wissens hat eine sehr geringe Halbwertszeit. Das Anhäufen von vorgegebenem Lernstoff – das »Lernen auf Vorrat« – ist immer weniger hilfreich.

Bildung findet auf vielfältige Weise und an unterschiedlichen Lernorten statt und bedeutet zum Beispiel auch, Orientierung, kritische Wahrnehmung und Einstellungen zu erwerben, um sich in einer unübersichtlichen Realität zurechtzufinden.

Roman Riedt, kobra.net

Gleichzeitig gilt: Bildung in der Kommune muss viel weiter gedacht werden

Bildung ist eine lebenslange Herausforderung. Das kann man als Last empfinden – aber wenn wir auf gelungene Lernprozesse zurückgreifen können, nehmen wir in der Regel neue Erkenntnisse und eine persönliche Weiterentwicklung durch Bildung als bereichernd wahr.

Grundlegend für die Gestaltung lokaler Bildungslandschaften ist es also, dass es gelingt, Bildung lebenslang zu denken und vielfältige Bildungsorte und -gelegenheiten neben der Schule zu erfassen, um deren Potentiale zu nutzen.

Welche Orte das sind, werden Sie sich fragen? Ich möchte Sie einladen, diese Orte gemeinsam zu entdecken. Wenn Sie die Bilder betrachten, lassen Sie Ihre Gedanken zu zwei Fragestellungen schweifen:

- Welche Bildungsorte und -gelegenheiten nehmen Sie wahr?
- Und erinnern Sie sich dabei: Was waren die Orte, Personen und Gelegenheiten in Ihrer Bildungsbiographie, die Sie geprägt haben und wo Sie sagen: Da habe ich für das Leben gelernt.

Auf einigen der Bilder ist eine Kita zu sehen – ein wichtiger frühkindlicher Bildungsort, dessen spezifischer Bildungsauftrag in den vergangenen Jahren erhöhte Aufmerksamkeit und Profilierung erfahren hat.

Sie sehen einen belebten Marktplatz: Kinder, die einen Flohmarkt veranstalten. Hier machen sie vielleicht ihre ersten

Abb. aus »Ein Jahr in Wimmelhausen« von Catharina Westphal, © 2008 by Gabriel Verlag

Erfahrungen wirtschaftlichen Handelns. Sie sehen einen Park, der zum freien Spiel einlädt, einen Spielplatz. Sie sehen Betriebe, Menschen in ihrem Arbeitsumfeld. Sie sehen Orte der Begegnung zwischen Jung und Alt.

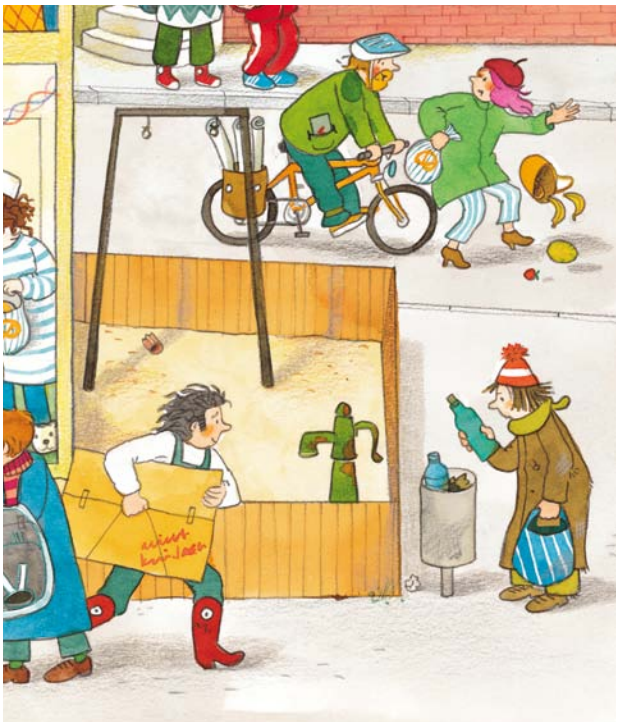
In der Kommune sind diese und viele weitere Lerngelegenheiten verortet. Das ist das Potential der Kommunen: Hier ist der soziale Nahraum, hier finden Begegnungen statt, werden Beziehungen gestaltet, werden Entscheidungen für Bildungsgänge und für eine Zugehörigkeit zu Vereinen und Verbänden getroffen. Hier zeigen Menschen auch erstes politisches Engagement.

Der kommunale Raum als Kristallisationspunkt gelungener bzw. misslungener Bildungsverläufe der hier lebenden Bürgerinnen und Bürger

Kommunen sind die Kristallisationspunkte, an denen sich gelungene bzw. misslungene Bildungsverläufe konkret äußern. Sie nehmen es als erstes wahr, wenn Sie eine aktive Bürgerschaft haben mit einem bunten Vereinsleben und vielen ehrenamtlich Engagierten. Wenn es politisch engagierte junge Menschen gibt, die in einem Jugendrat mitreden. Sie nehmen

Abb. aus »Ein Jahr in Wimmelhausen« von Catharina Westphal, © 2008 by Gabriel Verlag

es wahr, wenn Sie vor Ort gut ausgebildete Fachkräfte haben, die Weiterbildungsangebote in der Region nachfragen. Sie nehmen es aber auch als erstes wahr – unter anderem in Form erhöhter staatlicher Transferleistungen – wenn Bildungsbiographien misslingen: Wenn Schulabschlüsse nicht erreicht werden, die Einmündung in eine Berufsausbildung bzw. in das Berufsleben misslingt, wenn junge Eltern nicht über die notwendige Erziehungskompetenz verfügen. Gerade die negativen Folgen misslungener Bildungsprozesse führen dazu, dass kommunale Politik und Verwaltung Bildung immer mehr als Gestaltungsfeld wahrnehmen und auch annehmen. Dieser Trend ist bundesweit unübersehbar und ich halte ihn für unumkehrbar.



Bildung erfährt eine zunehmende Bedeutung als kommunales Gestaltungsfeld

Dabei ist zunächst festzuhalten: Es gibt nicht die eine Bildungslandschaft, sondern das Profil, die Aktivitäten richten sich nach den Bedarfen vor Ort. Es gibt nicht den Königsweg zur lokalen Bildungslandschaft, sondern vielfältige Ansätze.

Dazu kommt: Lokale Bildungslandschaften sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt Zukunftsperspektiven. Viele Kom-

munen haben sich auf den Weg gemacht. Aber es gibt noch kein breites gesichertes Wissen.

Dennoch können einige generelle Aussagen getroffen werden, abgeleitet aus in verschiedenen Programmen gewonnenen Erfahrungen der Praxis, u.a. der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung.

[1] Grundlage einer lokalen Bildungslandschaft ist ein erweitertes Bildungsverständnis, das die verschiedenen Lernorte und -gelegenheiten erfasst und einbezieht. Ich habe dies eingangs ausgeführt, möchte es hier aber nochmals ausdrücklich betonen: Ein enger Bildungsbegriff, der nur auf formelles Lernen und auf Abschlüsse hin fixiert ist, ist nicht zielführend. Zu komplex sind die Bildungsherausforderungen unserer Zeit.

Lokale Bildungslandschaften werden auf der Grundlage eines erweiterten Bildungsverständnisses entwickelt

[2] Es braucht alle relevanten Bildungsakteure vor Ort, um die Bildungslandschaft zu gestalten: Schule, Wirtschaft, Kultur, den Sport, die Jugendhilfe – und die Familien. Diese Aufzählung ist nicht als abschließend zu betrachten, sondern es gilt, vor Ort die relevanten Partner zu identifizieren und einzubeziehen.

Jedes Bild, das Sie betrachten, stellt lediglich einen bestimmten Ausschnitt aus einer Geschichte dar, und erst, wenn Sie sich mit Ihrem Nachbarn ausgetauscht, einen Blick in sein Bild geworfen haben, werden Sie wissen, was die auf Ihrem Bild dargestellten Personen davor und danach erlebt haben. Sie können Ihr Bild in einen Gesamtkontext stellen. Das erweitert und verändert Ihren Blick.

Lokale Bildungslandschaften beziehen alle relevanten Bildungsakteure vor Ort ein

Für die Gestaltung lokaler Bildungslandschaften heißt das: Erst, wenn die Bildungsinstitutionen in den Kommunen bzw. die darin handelnden Personen sich miteinander verständigen, kann ein möglichst komplettes Bild der Lebensrealität der Zielgruppen gezeichnet werden – und erst auf dieser Grundlage sind abgestimmte, bedarfsgerechte Maßnahmen möglich.

Das abgestimmte Zusammenspiel der beiden Systeme Schule und Jugendhilfe ist dabei eine wichtige Gelingensbedingung für den Aufbau lokaler Bildungslandschaften. Beide Systeme nehmen als öffentlich verantwortete Bildungsinstitutionen eine besondere Rolle ein. Die Zusammenarbeit dieser beiden Systeme ist ein Arbeitsfeld, das noch lange nicht erschöpfend bearbeitet ist. Eine Erkenntnis der langjährigen Arbeit von kobra.net in diesem Feld: Es braucht neben der professionellen, standortbezogenen Arbeit eine Abstimmung dieser beiden Systeme auf der Ebene der staatlichen Schulämter und der Jugendämter unter Beteiligung des Landes und Setzung geeigneter Rahmenbedingungen.

Die Familie als prägende Instanz der Kinder und Jugendlichen ist insgesamt noch zu wenig erreicht und einbezogen. Bei der Gestaltung einer lokalen Bildungslandschaft gilt es, die Eltern als Bildungspartner anzusprechen – und nicht lediglich als defizitär bzw. als potentielle Klienten wahrzunehmen. Hier müssen die beiden Systeme Schule und Jugendhilfe jeweils für sich sowie gemeinsam neue, innovative Formen der Elternansprache und -gewinnung entwickeln.

[3] Zentrales Element einer lokalen Bildungslandschaft ist die geplante Abstimmung von Bildungsstrukturen und -organisationen. Die Koordination und Steuerung ist dabei durch die kommunale Politik und Verwaltung zu leisten.

Dies möchte ich näher ausführen und dabei zunächst einen IST-Stand skizzieren.

Bildungsaufgaben sind in der Regel nicht als kommunale Gestaltungsaufgabe zusammengefasst. Sie werden in unterschiedlichen Ausschüssen, in unterschiedlichen Zuständigkeiten bearbeitet. Folgende Gefahren sind damit verbunden:

- Angebote werden nicht aufeinander abgestimmt. Sie sind somit nicht anschlussfähig an Folgemaßnahmen.
- Es kommt sowohl zu Doppelaktivitäten als auch zu Lücken bei den Angeboten.
- Die professionellen Akteure in den Bildungssystemen wie auch die Zielgruppen verlieren die Orientierung: In den

Abb. aus »Ein Jahr in Wimmelhausen« von Catharina Westphal, © 2008 by Gabriel Verlag

Kommunen treffen kommunale und Länderkompetenzen, Zuständigkeiten und Programme des Bundes und die unterschiedlichen EU-Förderprogramme aufeinander. Wer macht was zu welchem Zeitpunkt? Welche Unterstützung kann ich von wem erhalten? In dieser Zuständigkeitsvielfalt, treffender: in diesem Zuständigkeitsirrgarten, verlieren sich zu viele Menschen.

Die Bildungsakteure kooperieren innerhalb einer geplanten Abstimmung von Bildungsstrukturen und -organisationen erfolgreich miteinander

Es braucht daher ein planvolles und abgestimmtes Miteinander. Es braucht eine Instanz, die koordiniert, eine Gesamtsicht und Transparenz herstellt, die Partner zusammenführt. Die kommunale Politik und Verwaltung sollte dies verantworten. Ich benenne einige Möglichkeiten, wie Kommunen diese Funktion wahrnehmen können:

- Lokale Bildungslandschaften verfügen über eine langfristige Gestaltungsperspektive, eine Gesamtstrategie: Das kann zum Beispiel in Form eines Leitbilds oder abgestimmter Leitziele realisiert werden. Dieses Leitbild ist ressortübergreifend entwickelt und eingebettet in weitere strategische Ausrichtungen vor Ort, zum Beispiel in die Familien- und Wirtschaftsförderung.
- Die Kommunen verfügen über ein kommunales Bildungsmonitoring. Monitoring meint die mehrfache Erfassung von Kenngrößen (zum Beispiel die Zahl der jungen Menschen ohne allgemeinbildenden Schulabschluss oder ohne eine qualifizierte berufliche Erstausbildung). Dadurch dass diese Kenngrößen über einen Zeitraum hinweg erhoben werden, können Maßnahmen und Handlungsstrategien in ihrer Wirksamkeit überprüft werden. Damit ist eine Entscheidungsgrundlage für die Weiterführung, Weiterentwicklung oder auch Einstellung von Angeboten gegeben. Noch werden zu wenige Maßnahmen/Modelle konsequent auf Erfolge hin überprüft und zu wenige erfolgreiche Modelle in eine nachhaltige Struktur überführt.
- Bestehende Planungsprozesse wie die Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung, die Stadt- oder Sozialplanung sind zu verbinden. Bildungsplanung stellt eine mittel- bis langfristige Handlungsstrategie dar. Das ist ein anspruchsvolles Vorhaben. Das darf aber nicht davon abhalten, Bildungsplanung zu betreiben. Denn je komplexer der Gesamtzusammenhang, umso wichtiger ist eine gute Planungsgrundlage.

- Die Kommunen verfügen über eine geeignete Infrastruktur: Es muss Funktionsstellen geben, die hauptverantwortlich die Koordination übernehmen, Akteure zusammenführen, konzeptionelle Weiterentwicklungen anregen und Dienstleistungsfunktionen wahrnehmen. Das kann in Form von Bildungsbüros, der Schaffung von Stabsstellen oder der Bündelung von Kompetenzen in einem Sachgebiet Bildung umgesetzt werden. Das muss nicht unbedingt viel kosten, ist aber auch nicht umsonst zu haben. Der Umfang hängt von den Bedingungen und Größenordnungen vor Ort ab. Fakt ist: Koordinierung und Steuerung innerhalb lokaler Bildungslandschaften macht man nicht nebenbei!

Bürgerinnen und Bürger werden bei der Gestaltung einer lokalen Bildungslandschaft in geeigneter Weise beiteiligt

[4] »Betroffene zu Beteiligten machen« ist Handlungsprinzip der Kommunen: Sie reden nicht nur über die Bürgerinnen und Bürger, sondern mit ihnen. Bürgerinnen und Bürger werden aktiv in die Gestaltung der lokalen Bildungslandschaft einbezogen. Dazu bedarf es geeigneter Methoden und einer zielgerichteten Ansprache. Der kommunalen Politik und Verwaltung kommt hier ebenso wie den Schulen eine Vorbildfunktion zu: Sie müssen mehr als bisher Mitwirkung bei den Bürgerinnen und Bürgern und den Schülerinnen und Schülern und deren Eltern ermöglichen. Der Blick auf Erfahrungen der Jugendarbeit lohnt hier.

Es braucht ein abgestimmtes Vorgehen zwischen Kommunen und Land

[5] Es braucht insgesamt ein abgestimmtes Vorgehen zwischen Kommunen und Land im Sinne einer staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft. Das Konzept der lokalen Bildungslandschaft wirft Fragen nach Kompetenzen, Zuständigkeiten und Ressourcen auf. Es braucht Mut und Offenheit, hier eine Klärung zwischen den Beteiligten vorzunehmen. Übrigens nicht nur zwischen dem Land und den Kommunen – sondern auch zwischen Kreisen und kreisangehörigen Städten und Gemeinden.

Zusammenfassend können folgende grundlegende Gestaltungsprinzipien für lokale Bildungslandschaften genannt werden:

1. Lokale Bildungslandschaften beruhen auf einem erweiterten Bildungsverständnis.
2. Sie binden alle relevanten Bildungsakteure, insbesondere Schule, Jugendhilfe und die Familien ein.
3. Sie verfügen über eine geeignete Bildungsstruktur und -organisation innerhalb der kommunalen Politik und Verwaltung.
4. Sie haben Partizipation als ein durchgehendes Gestaltungsprinzip verankert.
5. Lokale Bildungslandschaften brauchen eine Abstimmung zwischen Kommunen und Land im Sinne einer staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft.

Lokale Bildungslandschaften zu gestalten ist eine langfristige Perspektive. Bildung ist Daueraufgabe für die Kommune. Das ist sie nicht erst seit der Begriff der lokalen Bildungslandschaft in aller Munde ist. Die Kommunen haben schon immer diese Verantwortung übernommen und Bildung vor Ort gestaltet. Durch das Konzept der lokalen Bildungslandschaft mit den oben genannten Elementen wie Bildungsplanung und -monitoring wird aber eine neue Qualität erreicht. Kommunen können damit ihr bisheriges Engagement bündeln, sie können es effizienter nutzen und transparenter darstellen – und vor allem können sie ihr Engagement auf eine breitere Basis stellen.

Lokale Bildungslandschaften streben eine Überwindung überkommener Ressortschranken und Egoismen an

Die Gestaltung lokaler Bildungslandschaften ist im Zusammenspiel zwischen Land und Kommune eine gemeinsame Herausforderung zum gegenseitigen Nutzen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass diese gemeinsame Herausforderung auf beiden Seiten gesehen und angenommen wird. Unter anderem tragen dazu meine Erfahrungen bei der Erstellung der Broschüre bei. Unser ursprüngliches Ziel war es, Ihnen diese zum Sommer 2009 zur Verfügung zu stellen. Als wir die Recherche in den beteiligten Kommunen begannen, trafen wir dort auf so viel Engagement, dass wir zusätzliche Interviews und Berichte mit aufnahmen und die Broschüre – neben der inhaltlichen Anreicherung – auch an Umfang zunahm.

Daher freue ich mich, dass die Vertreterinnen und Vertreter der beteiligten Kommunen am Fachgespräch teilnehmen, und möchte die Gelegenheit nutzen, mich für deren Mitwirkung zu bedanken. Ebenso möchte ich dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Serviceagentur Ganztag danken, deren Förderung die Broschüre im vorliegenden Umfang und in dieser Qualität ermöglicht hat.

Ihnen danke ich für die Aufmerksamkeit und ich freue mich auf das nun folgende Fachgespräch.

Der Referent, Roman Riedt, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Landeskooperationsstelle Schule-Jugendhilfe im Projektverbund kobra.net.

Fachgespräch »Auf dem Weg zur lokalen Bildungslandschaft«

Das Fachgespräch wurde moderiert von Dr. Ursula Weidenfeld. Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner auf dem Podium waren:

PETER BLECKMANN, Bereichsleiter »Bildungspartner vernetzen« bei der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung;
KARL-LUDWIG BÖTTCHER, Geschäftsführer des Brandenburger Städte- und Gemeindebundes;
KERSTIN HOPPE, Bürgermeisterin der Gemeinde Schwielowsee;
GÜNTER QUANDER, Amtsdirektor des Amtes Döbern-Land;
PETER HANS, 1. Beigeordneter des Landkreises Elbe-Elster und
ANDREAS HILLIGER, Abteilungsleiter im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg und zuständig u.a. für Jugend, Sport und Schulträgerangelegenheiten.

Frau Hoppe, Sie haben in der Gemeinde Schwielowsee unter anderem die Erfahrung gemacht, dass bei dem Vorhaben, eine vernetzte Bildungslandschaft zu gestalten, der Schule eine wichtige Bedeutung zukommt. Wollen Sie einfach von Ihren Erfahrungen berichten?

KERSTIN HOPPE: Es geht nicht nur um die Bedeutung der Schule. Mir persönlich geht es grundsätzlich um die Bildung ganz allgemein in unserer Gemeinde und da beginne ich zuallererst bei den Familien mit ihren Wünschen – beginnend in unseren Kindertagesstätten bis hin zu unseren Grundschulen und deren Verwirklichung. Ein wesentlicher Impuls für unsere Entwicklungen in der Gemeinde kam aber tatsächlich mit dem IZBB-Ganztagsschulprogramm und aus unserem konkreten Schulstandort – hier in Caputh – heraus.

Als ich vor über sieben Jahren Bürgermeisterin wurde, hatte ich Ziele und Visionen für die Bildungsstandorte in der Gemeinde. Dabei hatte ich das große Glück, hervorragende Partner vor Ort an meiner Seite zu haben: Allen voran unsere Schulleiterin und unsere Managerin der integrierten Kindertagesbetreuung, aber auch Partner aus dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport und dem Landkreis Potsdam-Mittelmark. Der Ganztag wurde 2004 noch sehr verhalten betrachtet, unter anderem auf Seiten der kommunalen Politik. Durch die Unterstützung der genannten Partner von Beginn an konnten aber Entwicklungen in Gang gesetzt werden, die viele nicht für möglich gehalten haben. Uns war klar: Wenn wir den Ganztag hier umsetzen wollen, können wir das nicht gegen die Schulen und die Eltern vor Ort machen. Vernetzung und Dialogbereitschaft, aufeinander Zugehen bestimmten daher von Beginn an unsere Aktivitäten. Wir haben die Politik mitgenommen und überzeugt. Im Ergebnis hatten wir immer einstimmige Beschlüsse. Aus dem angestrebten vielfältigen Ganztagsangebot wurde »unser« gemeinsamer Ganztagsgrundschulstandort. Auf den sind heute alle stolz, auch diejenigen, die anfangs skeptisch waren und Bedenken hatten.

Die Mitwirkenden am Fachgespräch (v.l. n. r.): Andreas Hilliger, Peter Hans, Günter Quander, Kerstin Hoppe, Karl-Ludwig Böttcher, Peter Bleckmann, Dr. Ursula Weidenfeld (Moderatorin)

> Uns war klar: Wenn wir den Ganztag hier umsetzen wollen, können wir das nicht gegen die Schulen und die Eltern vor Ort machen. Vernetzung und Dialogbereitschaft, aufeinander Zugehen bestimmten daher von Beginn an unsere Aktivitäten.
>
> Kerstin Hoppe, Gemeinde Schwielowsee

Sie sprachen von Skepsis gerade bei der kommunalen Politik. Wie genau ist es Ihnen gelungen, die Gemeindevertretung zu überzeugen? War das schwierig?

KERSTIN HOPPE: Wenn man 2004 von Ganztag gesprochen hat, wurde zum Teil gesagt:»Das hatten wir alles schon, das ist nichts Neues«. Wir haben die Diskussion gesucht und stellten das Konzept in allen gemeindlichen Gremien vor und leisteten gemeinsam viel Überzeugungsarbeit. Einen Durchbruch konnten wir erreichen, als wir die Kultur- und Sozial-

ausschusssitzung in der zukünftigen Ganztagsschule durchführten. Dort konnten wir vor Ort zeigen, was und wohin wir wollten. Dann haben wir in der Schulturnhalle Informationsveranstaltungen für alle interessierten Eltern, Bürgerinnen und Bürger, Gemeindevertreter, Ausschussmitglieder, sachkundige Einwohner und Ortsbeiratsmitglieder organisiert. Am Anfang kamen wenige. Aber über Mundpropaganda und große Unterstützung der Lehrer und pädagogischen Fachkräfte wuchs das Interesse, und die Halle war bald gefüllt. Ein anderes wichtiges Bindeglied waren die Eltern. Sie haben uns schnell unterstützt und auch bei einer Befragung unmissverständlich deutlich gemacht: Wir wollen uns auf diesen Ganztagsweg begeben. Das war für mich wiederum motivierend und Ansporn zugleich, mich als Politikerin für diese Umsetzung engagiert einzusetzen, um die Wünsche der Eltern nach Möglichkeit zu unterstützen.

> Das Bildungsbüro ist die Stelle, die die zentralen Bildungsakteure vor Ort zusammenbringt. (...) Wir haben das Bildungsbüro mit einer sehr engagierten und qualifizierten Mitarbeiterin besetzt. Es ist wichtig, dass hier professionell gearbeitet wird.
>
> Peter Hans, Landkreis Elbe-Elster

Herr Hans, im Landkreis Elbe-Elster haben Sie sich bei Ihren Aktivitäten unter anderem auf den Übergang zwischen Schule und Beruf konzentriert. Wollen Sie erzählen, wie es bei Ihnen funktioniert?

PETER HANS: Zunächst zu unserer Motivation: Der Landkreis Elbe Elster hat sehr stark unter der demographischen Entwicklung zu leiden. Jährlich verlieren wir über 1.000 Einwohner/innen, in der Regel junge, gut ausgebildete Menschen. Um unsere Zukunftsfähigkeit zu erhalten, ist es für uns ein Ziel, künftig möglichst viele dieser jungen Menschen in der Region zu halten, sie in Berufsausbildungen zu vermitteln, in das Erwerbsleben einzubeziehen. Wir haben daher vor zwei Jahren eine Koordinierungsstelle eingerichtet, ein Bildungsbüro, das an der Schnittstelle Schule – Wirtschaft aktiv ist. Das Bildungsbüro war von Beginn an mit einer vollen Kraft besetzt, personell verstärkt über eine kommunale Kombistelle. Das Bildungsbüro ist die Stelle, die die zentralen Bildungsakteure vor Ort zusammenbringt. Wir haben des Weiteren eine Stabsstelle eingerichtet mit der Aufgabe, Zukunftsstrategien mit Blick auf den demographischen Wandel zu entwickeln. Ausgehend von diesen Aktivitäten haben wir uns im vergangenen Jahr beim Bundesprogramm »Lernen vor Ort« beworben und auch den Zuschlag erhalten. Hier konnten und können wir mit unserem bisherigen Schwerpunkt in idealer Weise andocken bzw. darauf aufbauen. So ist es eine Aufgabe innerhalb dieses Bundesprogramms, ein Bildungsmonitoring zu entwickeln, und auch das Thema Bildungsübergänge ist hier ein zentraler Aspekt. Ich denke, dass der Zuschlag beim Bundesprogramm auch ein Ausdruck der Würdigung der bisher geleisteten Arbeit und der Schaffung von Strukturen ist.

Peter Hans, Günter Quander, Kerstin Hoppe

Was macht ein Kreis wie der Ihre, wenn im Jahr mehr als tausend Personen abwandern? Wenn man sieht, dass diejenigen, die eine gute Ausbildung haben, ohnehin gehen? Da kann man sich ja fragen, ob der Kreis denn gut beraten ist, sich gegen den Strom zu stemmen, anstatt sich mit dem Gegebenen abzufinden und Reste zu verwalten?

PETER HANS: Das ist für uns keine Option. Das wird weder den Potentialen der Region noch den jungen Menschen gerecht. Unser Anspruch ist es, alle mitzunehmen, teilhaben zu lassen und zu qualifizieren. Auch die Leistungsschwächeren, auf die wir übrigens zunehmend angewiesen sind. Wir können es uns nicht mehr leisten, dass junge Menschen ihre Potentiale nicht ausschöpfen und wir viele ohne Qualifikation, ohne Abschluss entlassen, sozusagen aufgeben. Wir müssen natürlich versuchen, die Leistungsstarken zu halten und auch einige von denen zurückzugewinnen, die gegangen sind. Gerade bei den Leistungsstarken nehmen wir die Tendenz wahr, dass diese sagen: »Bei uns ist doch nichts los, da gibt es doch keine berufliche Perspektive«. Wir stellen fest, dass die jungen Leute dabei die regionale Unternehmenslandschaft kaum kennen. Wenn man sie informiert, mit den regionalen Angeboten und Möglichkeiten konfrontiert, stellt sich bei denen regelmäßig

> Unser Anspruch ist es, alle mitzunehmen, teilhaben zu lassen und zu qualifizieren. (...) Wir können es uns nicht mehr leisten, dass junge Menschen ihre Potentiale nicht ausschöpfen und wir viele ohne Qualifikation, ohne Abschluss entlassen, sozusagen aufgeben.
>
> Peter Hans, Landkreis Elbe-Elster

großes Erstaunen ein, was es doch alles im Kreis gibt und welche beruflichen Perspektiven hier geboten werden. Übrigens ein Effekt, der auch bei Lehrkräften zu beobachten ist. Aus dem Grund haben wir zum Beispiel eine Kennenlern-Tour eingeführt. Die Tour führt in die Metall- und Elektrobetriebe. Zunächst nehmen Lehrkräfte an der Tour teil und werden als Multiplikatoren gewonnen. Im Anschluss daran besichtigen sie mit ihren Schulklassen diese Betriebe, wo die Schülerinnen und Schüler sich Informationen vor Ort einholen können. Die Tour werden wir aufgrund der sehr positiven Erfahrungen in diesem Jahr auf Betriebe der Landwirtschaft ausdehnen.

Herr Quander, Sie haben sich in Ihrem Amtsbereich vor allem unter Beteiligung von Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und Senioren, also partizipativ Ihrer Bildungslandschaft genähert. Macht es eigentlich aus der Sicht des Amtsdirektors Spaß, wenn jeder mitredet?

GÜNTER QUANDER: Dabei macht die Arbeit sogar richtig Spaß. Für mich ist das ein sehr angenehmer Teil meiner Arbeit. Es ist angenehm, mit vielen Menschen in kreativer Art und Weise zusammenzuarbeiten.

Was war Ihre Motivation, sich auf den Weg zu machen innerhalb der Amtsstruktur?

GÜNTER QUANDER: Die Besonderheit, als Amt zu agieren, macht es im Vergleich mit der Struktur einer Einheitsgemeinde von der Sache her nicht unbedingt einfacher. Wir müssen mit jedem Ding, mit jedem Beschluss in den Amtsausschuss. Im Amtsausschuss sitzen Vertreterinnen und Vertreter von acht Gemeinden. Jede der Gemeinden hat andere Problemlagen und sieht die Aufgabe Bildung ggf. aus anderer Sicht. Ende der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts hatten wir in Döbern-Land einen massiven Schulstreit, man kann auch sagen Schulkrieg, der sich im Amtsausschuss an dem Thema Schulschließung und Aufgabe von Standorten festgemacht hat. Das hat sich bis heute noch nicht ganz beruhigt.

> Man war sich gemeindeübergreifend schnell einig, dass es zur Erhaltung des Oberschulstandortes keine Alternative gibt. Dabei wurde Schule stark als Standortfaktor für die Wirtschaft und als ein Halte-Faktor für Eltern erkannt.
>
> Günter Quander, Amt Döbern-Land

Im Jahre 2006/07 ist uns eine Wende gelungen, die vom Landrat, wenn auch ungewollt, eingeleitet wurde. Er hat uns damals die Empfehlung geben wollen, wir sollten unsere Oberschule in Döbern schließen und gleichzeitig die Grundschulen im Grundzentrum Döbern konzentrieren. Das hat im Amtsausschuss genau das Gegenteil ausgelöst: Man war sich gemeindeübergreifend schnell einig, dass es zur Erhaltung des Oberschulstandortes keine Alternative gibt. Dabei wurde Schule stark als Standortfaktor für die Wirtschaft und als ein Halte-Faktor für Eltern erkannt. Es ist uns dann gelungen, die Oberschule enger an die Grundschulen heranzuführen und eine bessere Zusammenarbeit als zuvor zu organisieren. Das hat die Oberschule an konkreten Zahlen nachweisbar stabilisiert. Es ist uns gelungen, Kontakte zwischen Schule und der regionalen Wirtschaft zu knüpfen. Das hat eine bessere regionale Einbindung der Schule zur Folge gehabt. Wir konnten so - nicht zuletzt auch durch das überregionale Interesse an den Bildungsangeboten in Döbern – den Oberschulstandort erhalten und festigen. Bildung war somit als gemeinsames Thema positiv besetzt.

Ermutigt durch diese Erfahrungen und unterstützt durch die zwischenzeitlich neu eingerichtete Stabsstelle Bildung haben wir eine Kinder- und Zukunftskonferenz geplant und durchgeführt. Über die Zukunftskonferenz ist es gelungen, breite Bevölkerungskreise zu erreichen: von der Jugend bis zu Senioren, ehemaligen Lehrkräften und Wirtschaftsvertretern. Menschen, die sich dem Thema Bildung verbunden fühlen. Wir haben verschiedene Hierarchieebenen und Institutionen eingebunden, unter anderem das Staatliche Schulamt und auch das MBJS. Herr Dr. Budde (Referatsleiter 25 MBJS, u.a. zuständig für Schulentwicklungsplanung / Anm. d. Red.) war interessierter und hilfreicher Teilnehmer der Zukunftskonferenz.

Drei Tage – so lange dauerte die Konferenz – haben uns gezeigt, was ein Gemeinwesen in Sachen Bildung bewegen kann. Und das macht dann auch wirklich Spaß – zu sehen, wie Prozesse kreativ verlaufen, eine gewisse Eigendynamik entwickeln, die dann wieder auf das Gemeinwesen ausstrahlt.

Herr Hilliger, in dem Moment, wo Kommunen sich untereinander verständigen, die verschiedenen Gruppen an einen Tisch und ins Gespräch bringen, wird ein erfolgreicher Weg beschritten. Mein Eindruck ist dabei, dass Kommunen Schulen nicht schließen wollen, es Finanzen braucht, um Prozesse zu steuern und zu koordinieren, und dass man aufmerksame Zuhörer im Land vorfindet bzw. braucht. Ist das ein Eindruck, der stimmt?

ANDREAS HILLIGER: Dass man aufmerksame Zuhörer im Land hat, das stimmt mit Sicherheit. Dass jede Gemeinde die Frage der Schulschließung als einen ganz schmerzlichen Prozess sieht, ist klar. Aber es ist auch klar, dass bei den Zahlen, die wir im Lande haben, die Annahme, man könne alle Schulen behalten, in die Irre geht. Und da sind die Schulträger besser beraten, die sagen, wir schauen uns nicht nur die Situation in unserer Gemeinde an, sondern wir schauen uns die Gemeinden an, die um uns herum sind, und konkurrieren uns nicht gegenseitig zu Tode. Wir konkurrieren, indem wir gemeinsam den besten Standort festlegen, der gute Bedingungen hat, und da-

Andreas Hilliger, Peter Hans

bei ist auch die Frage des ÖPNV zu berücksichtigen. Wir hatten in der Vergangenheit im Lande leider Standorte, die sich gegenseitig kaputt gemacht haben, wir hatten aber auch gute Prozesse im eben geschilderten Sinne.

Dass es am Ende auch um Ressourcen geht, ist gar keine Frage. Klar ist, dass es uns allen besser gehen würde – dem Land und den Kommunen – wenn mehr Geld zur Verfügung stünde. Aber wir haben keine Gelddruckmaschine, genauso wenig wie die Kommunen. Von daher stellt sich das Verteilungsproblem. Ich habe den Eindruck, wir haben diese Verteilungsprobleme, bei allen Schmerzen, relativ gut in den Griff bekommen. Auch die Verteilung der Lehrerschaft auf die verbleibenden Schulen war ein schwieriger Prozess. Diese Prozesse sind noch nicht überall abgeschlossen, aber sie kommen zum Ende. Wir haben jetzt ein stabiles Schulnetz und können mit relativ großer Planungssicherheit von dem Bestand der Schulen für die nächsten mindestens zehn Jahre ausgehen.

Schulen sind oft ein Kristallisationspunkt, an dem sich Bürgerengagement entfaltet oder – wie Frau Hoppe berichtet hat – ein Ort, an dem alle an einem Tisch sitzen können, zusammenkommen. Wie soll es aber in den Gemeinden, in den Orten weitergehen, in denen keine Schulen mehr sind?

ANDREAS HILLIGER: Das Wichtige beim Ansatz der lokalen Bildungslandschaft ist ja, dass Bildung nicht nur mit Schule gleichgesetzt wird. Erforderlich ist ein weiter Begriff von Bildung und Bildungsorten. Da spielen die Kindertagesstätten genauso eine Rolle wie die Angebote für die Jugend – innerhalb der Jugendarbeit, im Übergang von Schule und Beruf der Jugendsozialarbeit, die Berufsausbildungsangebote ebenso wie die kulturellen Angebote, Weiterbildungsangebote etc. Ich weiß natürlich, dass die kleinen Gemeinden, die nicht mehr genug Schülerinnen und Schüler für eine Grundschule haben, in der Regel auch nicht die Ressourcen haben, um im Bereich Weiterbildung etwas zu machen, aber vielleicht können sie im Bereich der Jugendkultur eine Funktion auch für die umliegenden Gemeinden übernehmen. In jedem Fall sind Kindertagesstätten wichtige Bildungsorte auch in den Gemeinden. Da haben wir eine sehr differenzierte und ausgewogene Landschaft mit etwa dreimal so vielen Kindertagesstätten als Grundschulen. Hier liegt also eine ganze Menge an Gestaltungspotential. Den Gemeinden, in denen Schulen geschlossen werden, kann man nur sagen: »Denkt über die eigenen Gemeindegrenzen hinaus und tut euch mit den Nachbargemeinden zusammen«. Selbst wenn keine Schule mehr am Ort ist, haben sie Schüler, die die Schulen der Nachbargemeinden besuchen, und von daher können sie sich in die Prozesse in dieser Schule, zwar nicht als Schulträger, aber als interessierte Gemeinde einmischen. Da kommt auch den Ämtern eine wichtige Rolle zu, diesen Prozess zu begleiten.

> Das Wichtige beim Ansatz der lokalen Bildungslandschaft ist ja, dass Bildung nicht nur mit Schule gleichgesetzt wird. Erforderlich ist ein weiter Begriff von Bildung und Bildungsorten.
>
> Andreas Hilliger, MBJS Brandenburg

Herr Böttcher, ist das eine befriedigende Einschätzung, wenn man mal in die Fläche in Brandenburg schaut und wenn man vielleicht die Städte, Gemeinden und auch Landkreise anschaut, die noch nicht so weit sind?

KARL-LUDWIG BÖTTCHER: An der einen oder anderen Stelle könnte man da sicherlich in einen dezidierten Widerspruch zum Ministerium gehen. Wir haben hin und wieder andere Sichtweisen. Das liegt in der Natur der Sache, ansonsten bräuchte es keinen kommunalen Spitzenverband. Das will ich mir aber an der Stelle ersparen, da es ja in Fragen der Bildung tatsächlich nur voran geht, wenn Kommunen und Land an einem Strang ziehen. Unbeschadet dessen ist es natürlich eine wesentliche Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge, für Bildungsinfrastruktur zu sorgen.

Auf zwei zentrale Gesichtspunkte möchte ich zunächst eingehen:

Bei der Gesamtbetrachtung und dem sicherlich richtigen Motto »Bildung lokal gestalten« darf die Bildungskompetenz von Eltern nicht vergessen werden. Diese muss stärker berücksichtigt, gefördert, unterstützt und auch eingefordert werden. Das ist grundlegend für eine erfolgreiche Bildungsarbeit. Dieser Aspekt kam mir auch beim einführenden Beitrag von Herrn Riedt zu kurz.

Alle politischen Parteien betonen die Bedeutung und Verantwortung der Kommunen für Bildung. Wir wollen uns als Kommunen verantwortlich zeigen und tun das auch schon in beträchtlichem Umfang, wir werden aber nicht immer gelassen. Schulträger werden in Bildung, insbesondere die Schul-

Karl-Ludwig Böttcher

bildung, zumindest rechtlich so gut wie nicht einbezogen. Das kann mittelalterlich genannt werden. Wir kämpfen als Verband beispielsweise seit zwei Jahren dafür, dass endlich einmal die Schulträger ein konkretes Mitentscheidungsrecht bei der Bestellung der Schulleiter erhalten, dass sie stimmberechtigtes Mitglied in der Schulkonferenz sind. Wenn also betont wird, die Kommunen haben eine Verantwortung für Bildung, dann muss man sie bitte schön auch mal lassen.

> Wir wollen uns als Kommunen verantwortlich zeigen und tun das auch schon in beträchtlichem Umfang, wir werden aber nicht immer gelassen. Schulträger werden in Bildung, insbesondere die Schulbildung, zumindest rechtlich so gut wie nicht einbezogen. Das kann mittelalterlich genannt werden.
>
> Karl-Ludwig Böttcher, Brandenburger Städte- und Gemeindebund

Selbstverständlich haben Sie einen wichtigen Punkt angesprochen: Die Städte und Gemeinden sind nicht überall gleichermaßen gut aufgestellt, hier ist eine große Bandbreite auszumachen, die man aber auch eng mit den Fragen des demographischen Wandels verknüpfen muss. Wir befassen uns als Städte- und Gemeindebund seit Jahren sehr intensiv mit dem demographischen Wandel. Den können wir nicht zurückdrehen, mit dem können wir nur umgehen und dem müssen wir uns stellen, gerade auch in Bildungsfragen. Herr Hilliger hat einige Herausforderungen angesprochen, da liegen wir durchaus nicht im Dissens. Man muss deutlich sagen, dass nicht jeder alles vorhalten kann und muss. Wir haben nicht unendlich vermehrbares Geld, weder das Land noch die Kommunen. Deshalb müssen wir sehr genau prüfen, was wir von wem verlangen und wie das finanzierbar ist. Als Kommune wie auch als Land müssen wir darauf achten, keine waghalsigen Versprechungen zu machen, was wir alles bieten wollen.

Welch hohen Stellenwert die Schule für die Gemeinde hat, das hat der Beitrag von Frau Hoppe verdeutlicht. Und die Kommunen haben hier Gestaltungsmöglichkeiten. Daher haben wir als Städte- und Gemeindebund im Rahmen einer Schulgesetzesnovelle – wir haben ja immerhin 17 Novellen des Schulgesetzes in 20 Jahren über uns ergehen lassen müssen – bei der Frage der Übertragung der Trägerschaft der weiterführenden Schulen auf die Landkreise deutlich Position bezogen. Wir haben den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern gesagt: Gebt Ihr Eure Schulträgerschaft ab, so gebt Ihr ein Stück kommunalen Lebens ab.

Herr Bleckmann, die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung ist bundesweit aufgestellt. Sie ist eine Stiftung, die sich in vielen Ländern um Bildungsprojekte, insbesondere auch um Ganztagsschule, kümmert. Wenn Sie Brandenburg mit Blick auf die bundesweiten Aktivitäten einordnen sollten: Sind die gut oder nicht so gut? Oder die kommunalen Beispiele, sagen Sie als Fachmann: »Mensch, das ist prima.« oder kommt da eher ein Gähnen auf, nach dem Motto: »Das machen die in Bayern schon seit Jahren«.

PETER BLECKMANN: Eine Verteilung von Positionierungen oder ein Ranking liegt mir fern. Vorweg: In vielen Ländern gibt es vergleichbare Situationen und auch Diskussionen. An drei Stellen der bisher geführten Diskussion möchte ich das verdeutlichen.

Erstens: Es gibt überall sehr gute Einzelbeispiele, an denen man ablesen kann, dass sich kommunales Engagement wirklich lohnt. Was hier geschildert wurde, hat mich aber schon beeindruckt. Wenn wir uns länger unterhalten würden, dann würde das sicher noch deutlicher herauskommen.

Zweitens: Der Aspekt demographischer Wandel und Schulschließungen betrifft nicht nur Brandenburg. Die damit verbundenen Herausforderungen sind bundesweit ein Thema in den Kommunen.

> Beim Thema Bildung treffen sich vielfältige Interessen (...) Hier müssen die Kommunikation, der Austausch gesucht und Interessenslagen ausgeglichen werden. Das geht nur in einem Miteinander. Meines Erachtens muss die Frage daher sein: Wie schafft man Rahmenbedingungen, die ermutigen zu kooperieren?
>
> Peter Bleckmann, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung

Der dritte Punkt: Beim Thema Bildung treffen sich vielfältige Interessen und diese verschiedenen Interessen der unterschiedlichsten Partner und Ebenen gehen nicht stromlinienförmig in eine Richtung. Hier müssen die Kommunikation, der Austausch gesucht und Interessenslagen ausgeglichen wer-

Karl-Ludwig Böttcher, Peter Bleckmann, Dr. Ursula Weidenfeld

> Man muss beim Aufbau einer lokalen Bildungslandschaft mit großer Aufmerksamkeit Anlässe schaffen, bei denen Begegnung stattfindet und die Leute miteinander und nicht übereinander reden.
>
> Peter Bleckmann, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung

den. Das geht nur in einem Miteinander. Das ist bundesweit anzutreffen.

Eine Besonderheit in Brandenburg möchte ich herausheben: Die Einrichtung einer Landeskooperationsstelle Schule-Jugendhilfe ist eine Stärke. Das schafft schon eine besondere Qualität in der Fachlichkeit und in der Unterstützung, sowohl landesweit als auch in den Kommunen. Wenn wir in anderen Ländern davon berichten, wird das aufmerksam zur Kenntnis genommen. »Oh, das ist ja interessant, bräuchten wir so etwas nicht auch?« sind Reaktionen unserer Gesprächspartner in den Ländern. Dazu sind wir auch in Gesprächen in verschiedenen Ländern. Was wir bemerken ist, dass das dann einen Schritt weiter geht in Richtung Bildungslandschaft. Der sicherlich wichtige, aber doch zu enge Zweierblick auf die Systeme Schule und Jugendhilfe wird erweitert.

Insgesamt ist festzustellen: Lokale Bildungslandschaften sind bundesweit ein Thema. Brandenburg war früh an dem Thema. Aber auch Bayern ist da schon auf den Trichter gekommen, dass das ein Zukunftsthema ist.

Welche Rolle spielen Ihrer Erfahrung nach persönliche Beziehungen bei der Entwicklung einer lokalen Bildungslandschaft? Wie sehr hängt es davon ab, dass Menschen in verschiedenen Institutionen miteinander können, damit Kommunen vorankommen?

PETER BLECKMANN: Eine so große Rolle, dass wir als DKJS das Programm »nelekom – neues Lernen in Kommunen« in Thüringen mitverantworten und dabei in direkter Verbindung mit dem Stichwort Bildungslandschaften von Beziehungslandschaften sprechen. Man muss beim Aufbau einer lokalen Bildungslandschaft mit großer Aufmerksamkeit Anlässe schaffen, bei denen Begegnung stattfindet und die Leute miteinander und nicht übereinander reden.

Natürlich gibt es Fälle, wo aufgrund einer fehlenden Basis – der berühmten zwischenmenschlichen Chemie – Kooperation nicht stattfindet. Dem Grunde nach sollten allerdings um der Sache willen alle so professionell sein zu sagen: »Auch wenn ich eine bestimmte Person nicht mag, arbeite ich mit der Institution zusammen«. Meines Erachtens muss die Frage daher sein: Wie schafft man Rahmenbedingungen, die ermutigen zu kooperieren? Dazu gehört zum Beispiel, dass von oben ein Anspruch formuliert wird, der Kooperation ausdrücklich befördert und unterstützt. Derzeit ist es noch so, dass, wer nicht kooperieren will, sich auch sehr leicht zurückziehen kann.

Herr Hilliger, ist das zum Beispiel denkbar, dass man Schulleiter anweist zur Kooperation?

ANDREAS HILLIGER: Wir haben die Kooperationsverpflichtung allgemein gesetzlich geregelt. Aufgrund meiner Erfahrungen kann ich aber keinem empfehlen, Kooperation anzuweisen. Das läuft dann nicht. Es nutzt beispielsweise nichts, die Schulamtsleiter monatlich zu einer Kooperationssitzung zu verpflichten. Kooperation beruht darauf, dass man eine Eigenmotivation und einen gegenseitigen Nutzen davon hat. Der Nutzen muss erkennbar sein für alle Beteiligten, das ist das Wesentliche.

Das würde dann doch aber dafür sprechen, was Herr Böttcher vorgeschlagen hat: Dass man Kommunen die Kompetenz einräumt, Schulleiter mit auszuwählen – der Nutzen ist erkennbar, Motivation ist da und es lässt sich regeln.

ANDREAS HILLIGER: Wir sind da ja auch im Gespräch...

KARL-LUDWIG BÖTTCHER: ...das allerdings schon sehr lange...

ANDREAS HILLIGER: Die Dauer eines Gesetzgebungsverfahrens steht hier ja nicht zur Debatte, über die Angemessenheit der Zeiträume kann man sicherlich geteilter Meinung sein. Das Interessante an dem Konzept der lokalen Bildungslandschaft ist doch aber auch, dass man hier nicht primär und zuerst um die Kompetenzfrage streiten muss. Eine Gemeinde kann sich auf der Basis des gegenwärtigen Rechtsrahmens engagieren. Das zeigen die Beispiele ganz eindrücklich. Es ist dann im Voranschreiten solcher Prozesse sinnvoll zu prüfen, was wir an bestehenden Regeln ändern müssen, wo wir etwas in die Breite bringen können. Wo ist es nicht nur das günstige Agieren von zwei, drei Kommunen, sondern wo können wir

> Eine Gemeinde kann sich auf der Basis des gegenwärtigen Rechtsrahmens engagieren. Das zeigen die Beispiele ganz eindrücklich. Es ist dann im Voranschreiten solcher Prozesse sinnvoll zu prüfen, was wir an bestehenden Regeln ändern müssen, wo wir etwas in die Breite bringen können.
>
> Andreas Hilliger, MBJS Brandenburg

das stilbildend ausdifferenzieren und zur Regel machen? Ich würde bei der Entwicklung einer kommunalen Bildungslandschaft eben nicht bei der Frage anfangen, welche Rechte habe ich? Diese Fragen stehen zu gegebenem Zeitpunkt an, aber zunächst geht es darum zu prüfen, was wir gemeinsam wollen. Ansonsten gerät man schnell in Gegensätze und Zuständigkeitsdenken.

KERSTIN HOPPE: So sollte man nicht denken. Jeder Bürgermeister, jeder Amtsdirektor, jeder Landrat hat doch eigene Ziele, Wünsche und Visionen. Als Bürgermeisterin ist man Motor, ist man Visionär und muss die Menschen mitnehmen und schauen, dass man diese Visionen umsetzt. Was ich damit sagen will ist: Selbstverständlich kann man sich, wenn man das denn will, engagieren. Für mich stand von Anfang an fest, dass ich mich in bildungspolitischen Fragen stark engagieren möchte. Weil es zum einen auch eine Standortfrage ist. Wir sind – dankenswerter Weise – entgegen dem Trend im Land eine Zuzugsregion. Aber das bringt auch Herausforderungen mit sich, wenn auch andere als bei einem Bevölkerungsrückgang. Wir müssen schauen, dass wir die nachgefragten Bildungsräume, die notwendige Infrastruktur ausreichend vorhalten können, bzw. diese zum Teil neu schaffen.

Kerstin Hoppe

Übrigens mussten auch wir die Schließung einer Oberschule verkraften. Natürlich haben wir um den Standort gekämpft. Aber als die Schließung dann fest stand, haben wir nicht rumgejammert, sondern uns davon ausgehend gefragt: Was für eine Chance haben wir? Die Antwort war: Wir können den bestehenden Grundschulstandort so verändern, so stärken, dass daraus ein moderner, innovativer Ganztagsschulstandort wird wie ihn sich die Eltern und wir alle wünschen. Und hier bin ich heute noch dankbar, dass ich als Bürgermeisterin selbstverständlich mitsprechen, selbstverständlich in der Steuergruppe mit aktiv sein konnte – und als Partner auf Augenhöhe betrachtet wurde. Für mich war es selbstverständlich, dass ich in der Steuergruppe vom ersten Tag an mitwirke. Meine Funktion war die des Bindegliedes zur Politik und Verwaltung und auch beratend zu agieren, zu sagen: »O.k., das ist machbar.« oder: »Das ist in der Form nicht machbar, da sind Schwierigkeiten.« oder auch: »Oh Gott, das weiß ich, das kriege ich nie durch«. Natürlich steuere ich dadurch auch und befördere letztendlich Kooperationen. Das ging aber niemals über Anweisungen. Das muss von innen kommen, der Aufwand und Nutzen muss klar erkennbar sein für alle Beteiligten. Wenn dieser gemeinsame Wille nicht da ist, dann spürt das die Elternschaft recht schnell und sie wird sich abkehren. Die Eltern bei uns schauen sehr genau, welche Bedingungen wir vor Ort haben. Und unsere Eltern wollen Qualität – wenn möglich für wenig finanziellen Aufwand/Beitrag.

Hier ist dann der eigentliche Knackpunkt, an dem man gemeinsam arbeiten muss. Man muss beschreiben/erklären, was möglich ist, was man miteinander umsetzen kann und wo tatsächlich auch die Grenzen des Machbaren sind – auch als Bürgermeisterin.

> Die Eltern schauen sich die Bildungseinrichtungen genau an. Sie dürfen beim Besuch der Einrichtungen nicht den Eindruck gewinnen, dass hier keine Entwicklung stattfindet, sondern hier muss es sprudeln, hier muss etwas passieren, hier muss Qualität zu spüren sein. Dafür sind wir da.
>
> Kerstin Hoppe / Gemeinde Schwielowsee

Spielen bei Ihnen Fragen wie »Haben wir mehr Leute, die in der Gemeinde bleiben?«, »Gibt es mehr junge Menschen, die einen guten Abschluss haben und hier eine Ausbildung machen?« eine Rolle?

KERSTIN HOPPE: Natürlich. Wir wollen als Gemeinde nicht nur attraktiv sein, sondern vor allem den jungen Eltern mit ihren Kindern gute Startmöglichkeiten bieten, sowohl im Kindergarten, in den Schulen und darüber hinaus in ihrer Freizeit in unseren Jugendclubs und all den aktiven Vereinen. Die Eltern schauen sich die Bildungseinrichtungen genau an. Sie dürfen beim Besuch der Einrichtungen nicht den Eindruck gewinnen, dass hier keine Entwicklung stattfindet, sondern hier muss es sprudeln, hier muss etwas passieren, hier muss Qualität zu spüren sein. Dafür sind wir da.

Wenn man weiß, dass die Leute in der Tendenz eher zu einem hinziehen als von einem weg, ist das eigentlich eine komfortable Position. Bei Ihnen, Herr Hans, schaut das anders aus.

PETER HANS: Ja, da beneide ich Frau Hoppe um ihre Situation und die damit verbundenen Herausforderungen. Wir haben die Räume, aber die Menschen fehlen zunehmend.

Aber die Erfahrungen bezüglich der Kooperation gleichen sich: Man kann das nicht erzwingen. Man muss zunächst mit gutem Beispiel als Verwaltung vorangehen und dann die Leute, die Institutionen mitnehmen. Wenn die freiwillig mitziehen, dann wird das auch zum Erfolg führen. Was von oben verordnet würde, das würde Widerstand erzeugen.

Herr Quander, welche Erfahrungen haben Sie mit Regelungen zur Kooperation bzw. mit dem Prinzip der Freiwilligkeit?

GÜNTER QUANDER: Da haben wir unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Zwar haben wir generell gute Kontakte zu den Schulen, die wir bewusst pflegen. Was aber die inneren Prozesse einer Schule betrifft, da gestaltet sich die Zusammenarbeit doch recht schwer. Wenn ich an unsere Bemühungen, unsere Kraftanstrengungen im vorigen Jahr denke, die zweizügige Grundschule Döbern dazu zu motivieren, den Ganztagsweg zu beschreiten, dann beinhaltet das die bittere Erfahrung, dass uns dies zunächst nicht gelungen ist. Und das ist meines Erachtens auch auf mangelndes Interesse und eine gewisse Bewegungsresistenz der Lehrerschaft zurückzuführen. Da als Verwaltung in die Diskussion zu kommen, ist nicht ganz einfach, das muss ich so klar sagen. Da wünsche ich mir schon ein wenig mehr in Richtung einer Verpflichtung zur Kooperation.

Wir haben an dem Punkt aber nicht aufgegeben und uns zurückgezogen. Uns gelang es, den Amtsausschuss zu überzeugen, dass wir mit Fragen der Bildung und der Unterstützung von Schule einen wichtigen Schritt gehen, der den engen Aufgabenkreis eines Schulträgers im herkömmlichen Sinne ausweitet. Eine – freiwillige – Aufgabe, die mit entsprechendem zusätzlichem Personal durchgeführt und die durch die Verwaltung unterstützt werden muss. Der Einrichtung dieser zusätzlichen Stelle, die sich Sachbearbeiter Bildungsplanung nannte, wurde dann mit einer Enthaltung zugestimmt. Diese zusätzliche Stelle, besetzt mit einer engagierten und zielstrebigen Mitarbeiterin, war immens wichtig. Die Kollegin hat es dann unter anderem verstanden, diese Schule zu »knacken«. Das gelang durch Moderation an bestimmten Stellen und über die Entwicklung gemeinsamer kleiner Projekte. Damit wurden an der Schule Diskussionen und ein Meinungsbildungsprozess in Gang gesetzt.

Also eine Mischung aus Ressourcen, etwas Anweisung, Moderation und Aufzeigen vom Nutzen in kleinen Kooperationsprojekten.

ANDREAS HILLIGER: Das Beispiel der Schule, an der das Lehrerkollegium dem Ganztag ablehnend gegenüberstand, zeigt Zielkonflikte auf und Veränderungsbedarf.

Als Land sagen wir: Ganztagsschulen sollen an den Orten entstehen, wo ein Bedarf vorhanden ist. Dieser Bedarf kann im Zusammenhang mit der Unterrichtsgestaltung bestehen, sozialpolitisch, sozialplanerisch bedingt sein oder kann als Elternwunsch zutage treten. Gleichzeitig ist eine Voraussetzung für die Einrichtung einer Ganztagsschule, dass sie von den Lehrern gewollt wird. Eine solch grundsätzliche Veränderung der Schule gegen den Willen der Lehrkräfte hat im Grunde keinen Sinn. Unsere Verwaltungsvorschrift für den Ganztag stellt daher entscheidend darauf ab, dass das Kollegium die Ganztagsschule haben will. Wenn dem nicht so ist, dann kommt es nicht dazu.

Da sehen wir jedoch Veränderungsbedarf und werden die Verwaltungsvorschrift entsprechend ändern. Die Möglichkeiten des Schulträgers, Prozesse in Richtung Ganztag zu initiieren, sollen verstärkt werden. Bisher war es so, dass eine Umfrage bei den Eltern zum Ganztag von der Gesamtkonferenz initiiert werden musste. Wenn die das nicht gemacht haben, dann wurde diese Umfrage nicht durchgeführt. Wir werden jetzt die Möglichkeit schaffen, dass auch der Schulträger eine Elternumfrage initiieren kann. Damit hat man zwar noch keine Ganztagsschule, aber eine vorliegende Elternmeinung, mit der man in die Diskussion mit den Lehrkräften gehen kann.

PETER BLECKMANN: Zum Punkt Anweisung von Kooperation. In einer Metapher gesprochen: Man kann ein Schiff erst lenken, wenn es sich bereits bewegt. Man braucht also schon ein bisschen Bewegung, einen Anfangsimpuls, um die Akteure in einer zu gestaltenden Bildungslandschaft in eine gemeinsame Richtung zu steuern. Als DKJS haben wir die Erfahrung gemacht, dass es ein geschicktes Zusammenspiel von drei Faktoren braucht: Können, Wollen, aber eben auch Müssen. Es braucht also die Motivation, die Kompetenzen und eine Notwendigkeit.

Ich denke, bei der Zusammenarbeit mit Schulen ist es wichtig, ausgehend von einem weiten Bildungsverständnis zu würdigen, was denn die besonderen Stärken, die besonderen Qualitäten des Lernortes Schule sind. Was bei vielen Schulen ankommt ist die Botschaft, ihr müsst ganz anders werden, damit wir mit euch kooperieren können. Die müssen sich ja auch bewegen, das ist in Ordnung. Gleichzeitig muss aber auch rüberkommen, dass Schule ein wichtiger Partner mit bestimmten und bestehenden Qualitäten ist. Da ist eine bestimmte Lernqualität, die kann nur in der Schule hergestellt werden.

Die grundsätzliche Akzeptanz also und ein Ansetzen an den Stärken der unterschiedlichen Partner in einer Bildungslandschaft, vor allem aber der Schulen.
Bevor wir die Runde für Fragen aus dem Plenum öffnen, möchte ich noch ein Zwischenfazit auf dem Podium ziehen. Was sind

für Sie die wichtigsten Erkenntnisse und Erfahrungen, wenn Kommunen sich auf den Weg machen, eine lokale Bildungslandschaft zu gestalten, sie zu leben und mit Inhalten zu füllen?

KARL-LUDWIG BÖTTCHER: Zunächst kommt es auf die handelnden Personen vor Ort an. Ich denke, das ist ein Fazit, das man aus den Aussagen der Praktiker ziehen kann. Wenn in einer Kommune der Bürgermeister, der Amtsdirektor sich nicht an die Spitze stellt, dann ist das schon problematisch. Er muss nicht alles alleine machen, aber es muss für alle Beteiligten erkennbar sein, dass Bildung Chefsache ist. Und wenn kommunales Engagement bei anderen Akteuren auf ein Echo trifft, dann kann man einiges bewegen und auch mit verschiedenen Sichtweisen umgehen. Dann muss man nicht täglich ins Gesetz schauen, was darf ich, was darf ich nicht.

Weiterhin: Auch die Kommunen können und sollen Bildung nicht alleine machen. Da müssen auf jeden Fall die Schulen – und damit das Land – sowie die Eltern mit ins Boot.

> ... es muss für alle Beteiligten erkennbar sein, dass Bildung Chefsache ist. Und wenn kommunales Engagement bei anderen Akteuren auf ein Echo trifft, dann kann man einiges bewegen und auch mit verschiedenen Sichtweisen umgehen. Dann muss man nicht täglich ins Gesetz schauen, was darf ich, was darf ich nicht.
>
> Karl-Ludwig Böttcher, Brandenburger Städte- und Gemeindebund

KERSTIN HOPPE: Man muss bereit sein, sich zu hinterfragen, und Stillstand vermeiden. So heißt zum Beispiel ein guter Ganztag nicht, dass das automatisch immer so bleibt. Wir haben durch unsere Arbeitsgemeinschaften, die vielfältigen Kooperationspartner und durch ehrenamtliche Senioren, die den Ganztag alle mitgestalten, etwas Gutes aufgebaut und können Erfolge vorweisen. Das ist aber nur möglich, wenn man sich hinterfragt und bereit ist, auch Veränderungen vorzunehmen. Man darf Dinge nicht laufen lassen, weil es so am Bequemsten ist. Man muss die Arbeit gemeinsam auswerten und aufmerksam beobachten. Wenn man merkt, da funktioniert etwas nicht, dann muss man Stopp sagen, sich neu orientieren und Dinge anpassen. Kurz: Den Mut haben zu diskutieren, sich zu hinterfragen. Ich glaube, das passiert oftmals zu wenig. Selbstverständlich muss man sich und den Partnern auch Zeit geben, um zu verändern, und auch die Zeit, Dinge wirken zu lassen.

GÜNTER QUANDER: Wenn man sich einmal entschieden hat, diesen Weg zu gehen, dann wird man merken, dass man eigentlich nicht am Ziel ankommt. Es entstehen immer wieder neue Herausforderungen. Das hat aber auch damit zu tun, dass, wenn man das Thema Bildung aufgreift, immer wieder neue Partner mit ins Boot kommen, die ihrerseits wieder Dynamik in die Prozesse bringen. Das führt letztendlich dazu, dass das Gemeinwesen gestärkt wird. Der Zusammenhalt und die Bereitschaft, miteinander etwas zu tun, die wir teilweise in den vergangenen Jahren verloren haben, die ist bei uns wieder entstanden und sie hat eine neue Qualität erlangt.

> Der Zusammenhalt und die Bereitschaft, miteinander etwas zu tun, die wir teilweise in den vergangenen Jahren verloren haben, die ist bei uns wieder entstanden und sie hat eine neue Qualität erlangt.
>
> Günter Quander, Amt Döbern-Land

Wir hatten vor einigen Tagen ein Treffen der aus der Zukunftskonferenz entstandenen Projektgruppen. Wenn man oberflächlich schaut, ist die Veränderung nicht so deutlich. Kommt man aber mit den Beteiligten ins Gespräch, ist es erstaunlich, was sich in neun Monaten getan hat. Die Arbeitsgruppen treffen sich regelmäßig, selbstorganisiert oder durch die Kommune unterstützt – hier durch die Stabsstelle – und suchen sich weitere Partner. Das ist genau das Gewollte, da ist Dynamik drin.

PETER HANS: Auf die Köpfe kommt es an. Unser Vorteil war, dass der Landrat und auch der Kreistag von Anfang an voll hinter diesen Aktivitäten rund um das Thema Bildung gestanden haben.

Und das Können ist bedeutsam: Wir haben das Bildungsbüro mit einer sehr engagierten und qualifizierten Mitarbeiterin besetzt. Es ist wichtig, dass hier professionell gearbeitet wird. Die Dienstleistungen des Bildungsbüros wurden und werden zuverlässig und hoch motiviert erbracht. Diese Dienstleistungen werden von den Schulen und den Unternehmen immer mehr in Anspruch genommen. Schulen wollen mit Unternehmen zusammenarbeiten - und umgekehrt. Dabei ist es ein Problem, dass sich die richtigen Partner finden. Das Suchen der geeigneten Partnerschulen bzw. der geeigneten Partnerunternehmen ist ein aufwendiger Prozess, der zum Teil auch misslingt und den jede Schule und jedes Unternehmen in unserer Region in der Regel eigenständig und immer wieder neu betrieben hat. Die Dienstleistung des Bildungsbüros, Partner zielgerichtet zusammenzuführen, hat hier enorme Verbesserungen gebracht. Damit ist der Nutzen angesprochen, den die Beteiligten haben müssen.

Ein weiteres praktisches Beispiel: Wir haben aktuell eine Broschüre aufgelegt, in der sich 168 Betriebe in der Region mit ihren Berufsorientierungsmaßnahmen vorstellen. Die Betriebe wurden zuvor über das Bildungsbüro angeschrieben, die

Andreas Hilliger, Peter Hans

Zuarbeiten ausgewertet. Die Broschüre dient als Instrument für die Lehrkräfte, Sozialpädagogen, für die Schülerinnen und Schüler und auch deren Eltern. Sie können damit zielgerichtet die geeigneten Maßnahmen finden. Die Broschüre wird in den kommenden Tagen an alle Schulen in ausreichender Anzahl ausgeliefert.

Oder die Ausbildungsfibel, erstellt über die regionale Wirtschaftsförderung unter Mitwirkung des Bildungsbüros. Zunächst bietet diese Broschüre auf den ersten Seiten hilfreiche Anregungen für Bewerbungen und Vorstellungsgespräche. Dann werden einzelne Berufsfelder mit entsprechenden Erläuterungen und den notwendigen Kompetenzen auf Seiten der Bewerber/-innen aufgeführt. Anschließend werden die Betriebe präsentiert, die Ausbildungsplätze in den Berufsfeldern anbieten, mit einer Beschreibung des Betriebes und dessen Erwartungen an die zukünftigen Auszubildenden. Die Broschüre wird bei uns am Tag der Ausbildung, an dem unter anderem eine Ausbildungsmesse stattfindet, vorgestellt und an alle Schülerinnen und Schüler vergeben. Die Broschüre ist ein Bestseller und »geht weg wie warme Semmeln«. Wer wenn nicht wir vor Ort sollte ein solches Instrument, abgestimmt auf die Potentiale und Bedarfe der Region, initiieren und realisieren?

Das ist ein gutes Beispiel, wie aus den Aktivitäten am Übergang Schule – Beruf weitere Themenfelder erschlossen werden und auch so etwas wie ein Ausbildungsbündnis entstehen kann. Ich greife die Formulierung von Herrn Hans auf, dass »es auf die Köpfe ankommt«, denn, meine Damen und Herren, nun sind Sie gefragt mit Ihren Anmerkungen und Ihren Fragen.

BERND MONES, LANDESJUGENDRING BRANDENBURG, ARBEITSGEMEINSCHAFT DER JUGENDVERBÄNDE. Ich würde gerne ganz konkret nach Ihren Erfahrungen in Bezug auf die Kooperation in den Gemeinden zwischen Schulen und den so genannten außerschulischen Kooperationspartnern fragen, den Partnern, den Verbänden, die sich ja in Ihren Gemeinden wieder finden: Ob das die freiwillige Feuerwehr, die Sportvereine oder Partner aus der Kultur wie zum Beispiel das Heimatmuseum oder andere sind. Wie ist da die Einbeziehung gelungen, welche Anteile haben diese Partner bei der Gestaltung Ihrer Bildungslandschaft und wo sehen Sie ggf. noch Hindernisse bei der Einbeziehung dieser Akteure?

Bernd Mones, Landesjugendring Brandenburg

FRAU THIEDE, AMTSDIREKTORIN SEELOW-LAND: Ich bin sehr beeindruckt, in welcher Art und Weise Sie in Kooperation mit unterschiedlichen Akteuren vor Ort Erfolge erzielt haben. Dabei haben Sie schon ein Stück des Weges zurückgelegt, auf den wir uns vor Ort gerade begeben haben. Aus der Not heraus haben wir Mitte der 90er Jahre amtsübergreifend einen Schulverband gegründet. Wir hatten zu dem Zeitpunkt weiterführende Schulen und vier Grundschulen. Alle Mitgliedsgemeinden haben miteinander gesprochen, transparent gearbeitet und das hat funktioniert. Mit dem demographischen Wandel mussten auch wir einen dramatischen Schülerrückgang in Kauf nehmen, und es verblieben dann nur noch zwei Grundschulen im Amt. Die Gemeinden standen sehr viel stärker als zuvor in Konkurrenz um die Standorte. Die Zusammenarbeit im Verbund wurde zunehmend schwierig. Diese Konkurrenzsituation war nicht wirklich aufzulösen, und wir haben im Einvernehmen mit allen Mitgliedsgemeinden beschlossen, den Schulverband aufzulösen.

Jetzt haben wir noch eine Grundschule im Amtsbereich und wir hoffen, dass es uns gelingen wird, diese zu erhalten. Vor zweieinhalb Jahren sind wir mit dem Impuls, eine verlässliche Ganztagsgrundschule einzurichten, gescheitert. Selbst mit der Unterstützung des Hortes und der Eltern ist es uns nicht gelungen, die Schulleitung, das Kollegium zu gewinnen und eine Bewegung in Richtung Ganztag zu erreichen. Die zentrale Frage ist für mich daher, wie man eine Schule, das Kollegium motivieren und überzeugen kann? Wie kann es gelingen, gemeinsam mit Schule an einem Strang zu ziehen?

MICHAEL PREISWERTH: Polizeipräsidium Potsdam: Ich berate u.a. den Landkreis Ostprignitz-Ruppin in Präventionsfragen. Wir nähern uns der Frage der kommunalen Verantwor-

tung seit drei, vier Jahren über das strategische Konzept Anti-Bullying. Das beinhaltet auch Fragen des Übergangs von der Kita in die Grundschule und Erziehungskompetenzen bei den Eltern. Auch unsere Erfahrung und unser Ansatz von Seiten der Polizei ist es, dass man solche Konzepte nur im Rahmen einer kommunalen Bildungslandschaft umsetzen kann. Meine Frage: Wie komme ich an so engagierte kommunale Vertreterinnen und Vertreter heran, wie sie hier auf dem Podium sitzen? Wie mache ich die ausfindig?

Herzlichen Dank für Ihre Fragen. Ich würde gerne abschließend zwei Aspekte im Podium beleuchten. Zum einen die Frage nach den außerschulischen Partnern. Wie kann es gelingen, diese einzubeziehen, und welche Rolle spielen sie? Zugespitzt gefragt: Braucht man die, wenn man Ganztag hat? Die Kinder sind ja hier in einem entsprechenden Rahmen betreut?
Und zweitens: Wie kommt man an die richtigen Köpfe und wie bindet man diese langfristig ein?

KERSTIN HOPPE: Wie findet man die richtigen Köpfe? Ich kann das zunächst nur für Schwielowsee beantworten. Sie müssen selbstverständlich zunächst schauen, welche Möglichkeiten in der Gemeinde vorhanden sind. Ich hatte das Glück, Menschen vorzufinden, die wirklich mitziehen wollten und die bereit waren, Veränderungen einzugehen. Und Veränderungen werden sich ergeben, wenn man sich auf den Weg macht.

Es gab auch Momente der Verzweiflung, wo wir uns die Frage gestellt haben, ob sich das denn alles lohnt. Da gibt es ja neben der Arbeit mit den Lehrkräften, den Erzieher/-innen, den Eltern noch andere Hürden: die baulichen Veränderungen in der Schule, die kommunale Infrastruktur muss angepasst werden, bis hin zum Busverkehr, der organisiert werden muss. Da darf man nicht aufgeben, muss Engagement und Veränderungswillen vorleben und muss bereit sein, die Menschen immer wieder zusammenzuführen. Das war bei uns der Weg, um die Köpfe zu gewinnen.

Zur Frage der Kooperationspartner, insbesondere beim Ganztag: Diese Partner sind ungemein wichtig für den Ganztag, die müssen Sie einbinden. Wir haben an der Schule über 30 Partner, ca. ein Fünftel davon aus unserer Gemeinde. Darunter finden sich die Kirche, Sportvereine, Bibliotheken und natürlich die Jugendarbeit sowie engagierte Eltern und Senioren. Anfangs mussten wir werben und Überzeugungsarbeit leisten, denn es gab auf Seiten der Vereine auch Berührungsängste gegenüber der Schule bzw. Vorbehalte gegenüber dem Ganztag. Heute gehen die Partner auf die Schule zu und fragen an, wie sie sich einbringen können. Wenn man das geschafft hat, diese Akzeptanz vorhanden ist, dann hat sich etwas etabliert und durchgesetzt. Aber wir reden hier von einem Prozess. Im Dezember 2004 wurden die ersten Gespräche geführt und heute haben wir das Jahr 2010. Da müssen Sie sich und den Partnern Zeit geben.

Zu dem wichtigen Punkt bzgl. der Zusammenarbeit mit dem Hort im Rahmen von Ganztag: Wir wollten, dass die pädagogischen Fachkräfte und die Menschen vor Ort erkennen, hier wird jetzt etwas Neues gemacht und nicht lediglich ein wenig modifiziert oder übergetüncht. In enger Zusammenarbeit mit dem Landkreis haben wir den Hort praktisch abgeschafft und die Stellen neu ausgeschrieben und dabei eine Neubestimmung vorgenommen. Die Stellen wurden ausgeschrieben als »pädagogische Fachkräfte«. Nun kann man darüber schmunzeln, schon wieder ein neuer Begriff. Aber wir haben durch die Ausschreibung indirekt gefragt, wer ist bereit, den Ganztag mitzugestalten und mitzuerleben. Wer bereit war, pädagogische Fachkraft zu werden, der war auch bereit, unseren Bildungsanspruch gemeinsam mit all seinen Veränderungen

Schüler/innen der Albert Einstein Schule Caputh bei einer Vernissage im Rathaus der Gemeinde Schwielowsee.

Schüler/innen der Albert Einstein Schule Caputh mit Anett Krüger (Managerin iKb), Bodo Rudoph (Leiter FD Kinder, Jugend und Familie Lkr. Potsdam-Mittelmark), Cathrin Rudzinski (Schulleiterin) und Kerstin Hoppe.

umzusetzen, z.B. die Verzahnung von Vormittags- und Nachmittagsbetreuung. Wir möchten die integrierte Lernzeit und einen Förderunterricht, der gemeinsam mit den Lehrkräften geplant und gestaltet wird. Es war schön und erstaunlich mitzuerleben, dass sich alle Hortnerinnen beworben haben. Und wir haben von Anfang an die Mitarbeiterinnen der ehemaligen Horte in die Arbeit der Steuergruppe einbezogen.

Ich denke, das ist ein wesentliches Moment, das Sie ansprechen. Wenn man die kommunale Hoheit hat, dann kann man zum Beispiel zielgerichtet ausschreiben, wesentliche Bedingungen und gewollte Inhalte von Anfang an setzen und somit sicher auch ein wenig Köpfe steuern.

GÜNTER QUANDER: Wenn ich die Seite des Amtes dagegen halte, sind wir an diesem Punkt ein wenig im Nachteil. So wie Sie das in Schwielowsee meines Erachtens ideal gelöst haben, würde das bei uns nicht funktionieren. Wir haben Kitas in unterschiedlichen Trägerschaften in den Zuständigkeiten der Gemeinden. Da gibt es auch Interessenkonflikte, wie das die Kollegin aus Seelow-Land beschrieben hat. Als Amt können wir nur versuchen, offen solche Interessenkonflikte anzusprechen und konstruktiv aufzugreifen.

Daneben können wir aber selbstverständlich auch Akzente setzen. So fand die Auswahl der Mitglieder des Bildungsbeirates, der u.a. die Aufgabe hat, die Arbeit der Stabsstelle Bildungsplanung zu begleiten, nicht über den Amtsausschuss statt – der gemäß dem Proporz der Besetzung der Gemeindevertretungen besetzt ist –, sondern ausschließlich nach fachlichen Gesichtspunkten. Wir konnten hier unabhängig von Interessenkonflikten oder parteipolitischen Überlegungen Partner ausschließlich nach fachlichen Gesichtspunkten suchen, die daneben natürlich auch verschiedene Statusgruppen vertreten. Zum Beispiel den Ausbildungsleiter von Vattenfall. Es ist erstaunlich zu verspüren, wie sich Menschen in solchen Gremien zunehmend wohlfühlen und sich engagiert einbringen. Wir haben Lehrkräfte, Eltern, wir haben Sozialpädagogen und auch einen Schulrat aus dem Schulamtsbereich Cottbus mit dabei, der sich sehr gewinnbringend einbringt. Die Jugendhilfe ist nicht direkt als Institution vertreten, aber über den Bildungsbeirat haben wir enge Kontakte in die Jugendhilfe, und der Jugendkoordinator des Amtes war in der Planungsgruppe für die Kinder- und auch die Zukunftskonferenz vertreten. Er hat hier seine Kompetenzen, Sichtweisen und auch seine Kontakte mit eingebracht. Diese Unterstützung hat maßgeblich mit dazu beigetragen, dass die Kinderkonferenz so gut gelungen ist.

PETER HANS: Das ist eine große Herausforderung, an die richtigen Köpfe heranzukommen und dabei auch noch alle relevanten Partner zu erreichen, niemanden zu vergessen. Ich kann nur für den Landkreis Elbe-Elster sprechen, wie wir das versuchen und welche Formate wir nutzen.

Jedes Jahr veranstalten wir eine Bildungskonferenz, 2009 haben wir die sechste Konferenz durchgeführt. Es kommen immer über 100 Leute – da versuchen wir, noch mehr zu erreichen -, die in der Regel bereit sind mitzuarbeiten. Hier bieten sich also Möglichkeiten, um Engagement aufzuspüren und daran anzuknüpfen. Das bedeutet aber auch, solche Konferenzen durchzuführen, gut zu planen und gezielt diese Mitwirkung abzufragen und einzuholen. Weiterhin haben wir einen Kreispräventionsrat, in dem ich Vorsitzender bin. Im Kreispräventionsrat sind der Landkreis, die Polizei, das Jugendamt, das Sozialamt, Träger der Jugendhilfe, das Staatliche Schulamt, die Staatsanwaltschaft, das Amtsgericht, aber auch der Kreisjugendring, etc. vertreten. Als Vorsitzender komme ich zu jeder Sitzung. Da bin ich in meiner Disziplin gefragt. Das ist wichtig, denn andere kommen dann auch. Wenn ich mich vertreten lasse, dann würden das andere auch machen. Wenn man die richtigen Köpfe erreichen möchte, muss man also dafür sorgen, dass die mit am Tisch sitzen und nicht das Delegationsprinzip um sich greift. Dann werden solche Gremien schnell Diskussionsrunden ohne Entscheidungskompetenz, ohne Gestaltungswille und -möglichkeiten.

Wir bearbeiten im Kreispräventionsrat seit ca. zwei Jahren das Thema Wertevermittlung, insbesondere in Kita und Schule. Wir haben das Anti-Bullying-Programm aufgegriffen und die Initiative »fair miteinander« ins Leben gerufen, diese erreicht die Kinder und die Familien über Elternkurse. Gestartet haben wir das in zwei Pilot-Kitas. Das war sehr erfolgreich und soll nun auf alle 102 Kitas im Kreis ausgedehnt werden. Darauf aufbauend dann das Anti-Bullying-Programm Olweus in den 57 Schulen des Kreises. Das soll bis 2012 umgesetzt werden. Also auch hier: Das ist ein Prozess.

KARL-LUDWIG BÖTTCHER: 2003 fand die Gemeindestrukturreform statt. Diese war nicht ganz einfach und leider auch nicht ganz konsequent. Von den Gegnern der Reform wurde vorhergesagt, dass das Gemeinwesen zusammenbrechen würde. Nach dieser Reform haben sich mehr Vereine gebildet als das zuvor der Fall war. Viele haben gesagt: Wenn wir jetzt nicht mehr eigenständig handelnde Gemeinde sind, dann wollen wir uns auf eine andere Art und Weise einbringen. Es hat unheimlich viel im kulturellen Bereich gegeben. Das ist ein sehr positiver Aspekt und zeigt, dass es viel Engagement und handelnde Personen in den Brandenburger Gemeinden gibt. Ein Widerspruch, der mich dabei etwas beunruhigt, ist, dass sich in vielen Lebensbereichen das Engagement verstärkt und dennoch die Wahlbeteiligung immer mehr abnimmt. Irgendetwas machen wir da verkehrt in Brandenburg.

Konkreter Hinweis zur Frage, wie man an die handelnden Personen herankommt: Wenden Sie sich an die Vorsitzenden der jeweiligen Kreisarbeitsgemeinschaft innerhalb des Brandenburger Städte- und Gemeindebundes. Suchen Sie das Gespräch und über dieses Gremium erreichen Sie alle Hauptver-

Peter Bleckmann, Karl-Ludwig Böttcher, Kerstin Hoppe

waltungsbeamten der Städte und Gemeinden in den jeweiligen Kreisen.

Mit dem Hinweis verbunden ist auch eine Aufforderung an uns selbst, das Thema Bildung mehr in den Kreisarbeitsgemeinschaften des Städte- und Gemeindebundes auf die Tagesordnung zu setzen. Um, wo notwendig, dafür zu sensibilisieren und auch um Positionen erarbeiten zu können. Ich denke, wir werden auch diese Veranstaltung auswerten, und ich weiß, dass ich hier auf die Zustimmung des Vorsitzenden unseres Bildungsausschusses, Herrn Herrmann, setzen kann.

Einschränkend – und das ist mir wichtig – ist aber zu sagen: Wir können nicht alles. Und wer denkt, die Kommune ist der Reparaturbetrieb für alle anderen, der irrt. Wir sollten auch mal grundsätzlich darüber nachdenken, ob der Föderalismus an der Stelle Bildung in der jetzigen Form angemessen ist.

PETER BLECKMANN: Wie kommt man an die richtigen Köpfe – und dann auch so, dass die Jugendhilfe mit im Boot ist? Dazu ein Beispiel: Wir haben als DKJS viele Erfahrungen, was den Übergang Kita in Grundschule betrifft. Ein Thema innerhalb einer lokalen Bildungslandschaft. Vor einigen Tagen war ich in einer Stadtverwaltung im Gespräch mit den Verantwortlichen für den Bereich Kita zu diesem Thema. Dort gibt es Bestrebungen, Tandemfortbildungen für Mitarbeiterinnen in den Kitas und Lehrkräfte in der Fläche zu installieren. Einzelne Tandems gibt es schon, aber die hängen etwas in der Luft, sind noch nicht die Regel. Das Erste, was mir dort aufgezählt wurde, war, was bei ihnen alles kompliziert ist, was alles nicht geht und warum das alles nicht geht. So war zum Beispiel aus deren Sicht das Amt völlig falsch zugeschnitten. Die Leiterin für den Bereich Kita sagte sinngemäß, dass die Mitarbeiterinnen in den Kitas die Ansage bräuchten, dass sie in die Tandems gehen sollten. Als ich fragte, wer denn eine solche Ansage machen könnte, war sie erst mal ratlos. Dass sie selbst eine solche Person sein könnte, kam ihr nicht in den Sinn.

Was ich sagen will: Es gibt an vielen Stellen Personen, die mit dazu beitragen können, dass Kooperationen zwischen verschiedenen Bereichen entstehen können. Diese Möglichkeiten müssen sie aber erkennen und es muss ihr Anliegen werden. Ich glaube, man kommt nicht an die Köpfe heran, indem man von außen ein tolles Konzept, eine tolle Idee hineinträgt. Die klugen Köpfe sind die, die selber mitdenken wollen und die selber etwas entwickeln wollen. Da sind für uns als Deutsche Kinder- und Jugendstiftung die Ansatzpunkte. Wir beginnen mit denen, die Lust haben, etwas zu entwickeln und die bereit sind, sich in einen offenen Prozess zu begeben. Erste Ergebnisse und Erfolge vor Ort ziehen dann weitere Personen an.

> Die klugen Köpfe sind die, die selber mitdenken wollen und die selber etwas entwickeln wollen. Da sind für uns als Deutsche Kinder- und Jugendstiftung die Ansatzpunkte. Wir beginnen mit denen, die Lust haben, etwas zu entwickeln und die bereit sind, sich in einen offenen Prozess zu begeben. Erste Ergebnisse und Erfolge vor Ort ziehen dann weitere Personen an.
>
> Peter Bleckmann, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung

ANDREAS HILLIGER: Zur Zusammenarbeit Schule - Jugendhilfe: Man muss zunächst zur Kenntnis nehmen, dass das zwei unterschiedlich ausgerichtete Systeme sind. Die Schule ist curricular vorbestimmt, auf den Unterricht ausgerichtet und sie hat eine stärker ausgeprägte hierarchische Struktur. Jugendhilfe ist eher an den unmittelbaren Interessen der Kinder und Jugendlichen orientiert und berücksichtigt stärker den Selbsthilfeaspekt sowie die Eigenmotivation. Die Zusammenarbeit funktioniert eigentlich nur dann, wenn keines der beiden Systeme mit einem Alleinvertretungsanspruch daherkommt, wenn keiner sagt: »Nur das, was ich mache, ist Bildung«. Leider gibt es solche Tendenzen sowohl bei den Lehrkräften als auch bei den Fachkräften aus der Jugendhilfe. Einige Jugendhilfekollegen glauben, sie wüssten besser, wie man Schule macht. Da kann ich nur sagen: Versucht es mal, dann werdet ihr schon erkennen, wie schwierig das ist.

Alleinvertretungsansprüche führen zu Konflikten und nicht zu Lösungen. Wenn man sich dagegen öffnet für den jeweiligen Anderen ist Zusammenarbeit möglich. Dann ist es durch-

> Alleinvertretungsansprüche führen zu Konflikten und nicht zu Lösungen. Wenn man sich dagegen öffnet für den jeweiligen Anderen ist Zusammenarbeit möglich. Dann ist es durchaus denkbar, dass sich Schulen perspektivisch zu Orten entwickeln, an denen sich sowohl Schule im herkömmlichen Sinne ereignet, als auch Selbstorganisation von Jugendlichen und Alltagsorientierung. Kinder brauchen beides.
>
> Andreas Hilliger, MBJS Brandenburg

aus denkbar, dass sich Schulen perspektivisch zu Orten entwickeln, an denen sich sowohl Schule im herkömmlichen Sinne ereignet, als auch das stattfindet, was Herr Mones ansprach: Selbstorganisation von Jugendlichen und Alltagsorientierung. Kinder brauchen beides.

Dieses zentrale Ziel ist sicher noch nicht überall erreicht. In einem Land, das so dünn besiedelt ist wie das Land Brandenburg, stellt sich auch das Problem der Erreichbarkeit und der Pluralität der Angebote. Ganztagsangebote haben da eine gewisse Bündelungsfunktion, das heißt aber nicht, dass wir alle Dienstleistungen für Kinder und Jugendliche an diesen Orten bündeln wollen. Es wird eine Breite an den Ganztagsschulen geben, aber wir wollen auch, dass an den verschiedenen Orten verschiedene Bildungsperspektiven realisiert werden können.

Zu der Gewinnung der Köpfe: Ein Bereich, der bisher nicht ausreichend gewürdigt wurde, sind die bestehenden Mitwirkungsgremien. Man findet ja sowohl in den Schulen als auch auf der Kreisebene Eltern, Schülerinnen und Schüler, die sich engagieren wollen. Das zu stärken, ist interessant und gewinnbringend. Das funktioniert, wenn man die Interessen der Menschen zur Kenntnis nimmt und sie nicht nur als Störfaktor sieht. Mitwirkung zu ermöglichen ist zeitaufwendig, manchmal stört das auch den Geschäftsablauf, aber das muss man akzeptieren. Sie soll ja auch stören und neue Gedanken einbringen bzw. ermöglichen.

Letzter Punkt: Diese ganzen Prozesse funktionieren nur, wenn wir nicht hauptsächlich über die Probleme reden, sondern über die Erfolge, um davon lernen zu können. Das ist meines Erachtens heute sehr gut gelungen.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende eines interessanten Vormittages angekommen. Ich danke Ihnen für Ihr Interesse und Ihre Bereitschaft mitzudiskutieren. Und den Menschen hier auf dem Podium natürlich dafür, Ihre Aktivitäten darzustellen und miteinander ins Gespräch zu kommen.

Dr. Ursula Weidenfeld, Moderatorin des Fachgesprächs

KATRIN KANTAK: Auch ich möchte mich zunächst dafür bedanken, dass Sie Ihre Erfahrung eingebracht haben.

Ich fühle mich sehr ermutigt durch das, was hier vorgetragen wurde, durch Ihre Fragen und auch durch Ihren mitunter sichtbaren Wunsch, sich auf den Weg zu machen. Herr Böttcher hatte zu Beginn darauf hingewiesen, dass er nicht die Gegensätze in den Vordergrund stellen möchte, sondern das Gemeinsame, das die Kommunen und das Land am Thema Bildung beschäftigt. Das ist ein zentraler Gedanke, den ich von hier mitnehme: Dass man das Gemeinsame in den Vordergrund rückt, wenn man sich Aufgaben stellen möchte, an denen alle einen Anteil haben und auch haben müssen.

Als Leiterin des Projektverbundes sehe ich mich darin bestärkt, gute Beispiele und Menschen, die sich engagieren, immer wieder zu würdigen und in den Vordergrund zu rücken. Weil sie anderen Mut machen können, die noch am Anfang stehen oder sich fragen, was kann ich in meiner Position einbringen und erreichen?

Als Projektverbund werden wir das Thema der lokalen Bildungslandschaften, das Thema der Kooperation zwischen verschiedenen Systemen, Professionen und Menschen weiter bearbeiten. Hierfür stehen wir Ihnen als Beratungseinrichtung vor Ort gerne zur Verfügung.

Kontaktdaten der Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Landkreis Elbe-Elster
Peter Hans, Dezernent und 1. Beigeordneter
Tel.: 03535 - 46-1237
Sachgebiet Schulverwaltungs- und Sportamt / Bildungsbüro:
Andrea Hähnlein, Koordinierungsstelle Schule - Wirtschaft
andrea.haehnlein@lkee.de
Klaus-Peter Krahlisch, Projektmanager »Lernen vor Ort«
klaus-peter.krahlisch@lkee.de
Tel.: 03535 - 46-3501

Grochwitzer Str. 20, 04916 Herzberg
www.landkreis-elbe-elster.de

Gemeinde Schwielowsee
Kerstin Hoppe, Bürgermeisterin
Tel.: 033209.76929
a.junge@schwielowsee.de

Gemeinde Schwielowsee / OT Ferch
Potsdamer Platz 9, 14548 Schwielowsee
www.schwielowsee.de

Amt Döbern-Land
Günter Quander, Amtsdirektor
Tel.: 035600 - 385-14
g.quander@amt-doebern-land.net

Forster Straße 8, 03159 Döbern
www.amt-doebern-land.de

Städte- und Gemeindebund Brandenburg
Karl-Ludwig Böttcher, Geschäftsführer
Tel.: 0331 - 74351-0
mail@stgb-brandenburg.de
Bianka Petereit, Referatsleiterin Schule, Bildung und Kultur
Tel: 0331 - 74351-26
bianka.petereit@stgb-brandenburg.de

Stephensonstr. 4, 14482 Potsdam
www.stgb-brandenburg.de

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg
Andreas Hilliger, Abteilungsleiter II (Kinder und Jugend, Sport, Schulträgerangelegenheiten, Weiterbildung)
Tel.: 0331 - 866-3701

Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam
www.mbjs.brandenburg.de

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung GmbH (DKJS)
Peter Bleckmann, Leiter des Programmbereichs »Bildungspartner vernetzen«
Tel.: 030.257676–40
peter.bleckmann@dkjs.de

Tempelhofer Ufer 11, 10963 Berlin
www.dkjs.de

Der Programmbereich **»Bildungspartner vernetzen«** bei der DKJS beinhaltet unter anderem die Programme

- **»Ideen für mehr! Ganztägig lernen.«**, das seit 2004 in enger Zusammenarbeit mit den Ländern und gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung durchgeführt wird. Es bietet ein Unterstützungssystem für alle Schulen an, die ganztägige Bildungsangebote entwickeln, ausbauen und qualitativ verbessern wollen. Das Programm beinhaltet unter anderem die Regionalen Serviceagenturen in 15 Bundesländern (mehr zum Programm unter www.ganztaegig-lernen.de und zur Serviceagentur Ganztag in Brandenburg unter www.kobranet.de/kobranet/index.php?uid=784
- **»nelecom«**, als Teil des Gesamtvorhabens des Thüringer Kultusministeriums »Thüringer Bildungsmodell – Neue Lernkultur in Kommunen« (kurz: nelecom). Es unterstützt Kommunen bei dem Auf- und Ausbau kommunaler Lernlandschaften. Mehr zum Programm unter www.nelecom.de.
- **»Lebenswelt Schule – Vernetzung lokaler Akteure und Ressourcen für die individuelle Förderung von Kindern«**: Über einen Zeitraum von drei Jahren wird hier in drei ausgewählten Regionen der Aufbau lokaler Verantwortungsnetzwerke gefördert. In diesen kommen Vertreter von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, Mitglieder der Kommunalverwaltung und Partner aus Verbänden, der freien Jugendhilfe oder der Wirtschaft zusammen, um Ressourcen und Wissen zu bündeln und die regionale Bildungslandschaft aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen umzugestalten. Mehr zum Programm unter www.lebenswelt-schule.net.
- **»Bildung gemeinsam verantworten! Bildungslandschaften zwischen den Meeren«**, bei dem in Schleswig-Holstein drei ausgewählte kreisangehörige Städte und Gemeinden beim Aufbau von lokalen Bildungslandschaften unterstützt werden. Das heißt, schulische und außerschulische Akteure arbeiten zusammen, stimmen sich in Planungsprozessen ab und übernehmen gemeinsam Verantwortung für Bildung. Ziel ist eine anregende Lern- und Lebensumgebung für Kinder und Jugendliche. Partner in diesem Förderprogramm sind das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren des Landes Schleswig-Holstein (MSGF), das Ministerium für Bildung und Frauen sowie die Kommunalen Spitzenverbände des Landes Schleswig-Holstein. Mehr zum Programm unter www.sh.ganztaegig-lernen.de.

Kooperation in Brandenburg (kobra.net)
Katrin Kantak, Leiterin des Projektverbundes
Tel.: 0331 - 70469-56
kantak@kobranet.de
Roman Riedt, Landeskooperationsstelle Schule - Jugendhilfe
Tel.: 0331.70469 55
riedt@kobranet.de

Benzstr. 8/9, 14482 Potsdam
www.kobranet.de

Kinder und Jugendliche wachsen in eine komplexe Welt hinein. Damit sie sich diese aktiv aneignen und gestalten können, brauchen sie die Aufmerksamkeit und Unterstützung der gesamten Gesellschaft. Der Projektverbund kobra.net unterstützt Akteure und Systeme dabei, ihre gemeinsame Verantwortung für junge Menschen zu erkennen und wahrzunehmen. Die kobra.net-Angebote sind breit gefächert.

Schulen und ihre außerschulischen Partner werden durch die **Serviceagentur Ganztag** auf dem Weg zu ganztägigen Bildungsangeboten beraten und begleitet. Darüber hinaus fördert die Serviceagentur die Partizipation von Kindern und Jugendlichen im schulischen Alltag. Die **Landeskooperationsstelle Schule - Jugendhilfe** initiiert und begleitet Kooperationen zwischen Schule und Jugendhilfe, bietet Beratung zu Themen wie Soziales Lernen und Schulverweigerung und unterstützt Kommunen beim Aufbau einer lokalen Bildungslandschaft. Im Rahmen des Programms »Initiative Oberschule« fördert der **IOS-Regionalpartner Potsdam** Kooperationsprojekte zwischen Oberschulen und außerschulischen Partnern und die **Servicestelle-Schülerfirmen** initiiert, qualifiziert und vernetzt Schülerfirmen im Land Brandenburg.

Die Broschüre »Bildung lokal gestalten. Rahmenbedingungen und Ansätze für die Gestaltung lokaler Bildungslandschaften in Brandenburg« kann über die Landeskooperationsstelle Schule - Jugendhilfe bezogen werden und steht als Download zur Verfügung unter www.kobranet.de/kobranet/freitext/791/LOBILA_WEB_5.pdf

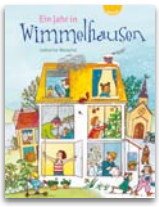
Die vierte Ausgabe des »Forums GanzGut« greift in programmatischen Beiträgen verschiedener Autoren Fragestellungen auf wie: Was steckt hinter dem Begriff »lokale Bildungslandschaft«? Welche Bestandteile sollte ein lokales Bildungsprogramm aufweisen? Was bedeutet eine kommunale Bildungslandschaft aus Sicht von Kindern und Jugendlichen? Daneben werden im Forum viele Praxisbeispiele vorgestellt, die verschiedene Elemente einer lokalen Bildungslandschaft darstellen.
Die weiteren Ausgaben des Forums mit den Schwerpunktthemen »Schülerclubs und Schülerfirmen an Ganztagsschulen« (Ausgabe 1), »Individuelle Förderung« (Ausgabe 2), »Soziales Lernen« (Ausgabe 3), »Partizipation an Ganztagsschulen« (Ausgabe 5) und »Lernräume gestalten« (Ausgabe 6) stehen ebenfalls zum Download zur Verfügung unter www.kobranet.de/kobranet/index.php?uid=824

Weiterführende Hinweise

Der Deutsche Verein e.V. hat 2007 ein »Diskussionspapier zum Aufbau kommunaler Bildungslandschaften« und 2009 »Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Weiterentwicklung Kommunaler Bildungslandschaften« veröffentlicht. Beide Dokumente sind auf der Website www.deutscher-verein.de abrufbar.

Das Projekt »Lokale Bildungslandschaften in Kooperation von Ganztagsschule und Jugendhilfe« (abgeschlossen am 31.05.2010) am Deutschen Jugendinstitut (DJI) analysierte den Zusammenhang zwischen der Gestaltung lokaler Bildungslandschaften und dem Ausbau schulischer und schulbezogener Ganztagsangebote. Weiterführende Hinweise unter www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=596

Das Förderprogramm »Lernen vor Ort« (Laufzeit 2009 bis 2012) soll Landkreise und kreisfreie Städte in die Lage versetzen, in ihrer Region ein kohärentes Bildungssystem aufzubauen. »Lernen vor Ort« ist eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und deutschen Stiftungen. Ziel ist die Entwicklung eines lokalen Bildungsmanagements vor Ort, das lebenslanges, aufeinander abgestimmtes Lernen und erfolgreiche Bildungsbiographien für alle Bürgerinnen und Bürger ermöglicht. Vier Aktionsfelder gehören verbindlich dazu, um dieses Ziel zu erreichen: Bildungsmanagement, Bildungsmonitoring, Bildungsberatung und Übergangsmanagement. Bundesweit werden 40 Landkreise und kreisfreie Städte im Programm gefördert. Aus Brandenburg sind die beiden Landkreise Barnim und Elbe-Elster in der Programmförderung. Mehr Informationen zum Programm unter www.lernen-vor-ort.info.



Wir bedanken uns für die freundliche Unterstützung und Genehmigung:

Abbildungen der Wimmelbilder aus

Catharina Westphal
»Ein Jahr in Wimmelhausen«

© 2008 by Gabriel Verlag
(Thienemann Verlag GmbH), Stuttgart - Wien

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landeskooperationsstelle
Schule - Jugendhilfe
Benzstraße 8/9, 14482 Potsdam
www.kobranet.de

kobra.net arbeitet in Trägerschaft der WIBB GmbH

Redaktion:
Roman Riedt

Tel.: 0331 - 704 69 55
Fax: 0331 - 740 004 56
E-Mail: riedt@kobranet.de
V.i.S.d.P.: Roman Riedt

Potsdam, Juli 2010

Gefördert vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF)

Gestaltungskonzept und Layout: www.mufos.de | Titelillustration: Elise Gravel | Fotos: Frank Buschner, Karen Dohle (S. 18) | Druck: www.quickprinter.de

GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium für Bildung und Forschung

ESF Europäischer Sozialfonds für Deutschland

EUROPÄISCHE UNION

deutsche kinder- und jugendstiftung

„Ideen für mehr! Ganztägig lernen." ist ein Programm der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung und den Europäischen Sozialfonds.

IDEEN FÜR MEHR! ganztägig lernen.

WIBB GmbH
Wohnraumbeschaffung, Instandsetzung, Beschäftigung, Betreuung

LAND BRANDENBURG
Ministerium für Bildung, Jugend und Sport